

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

29 (4.2.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Textzeilen-Millimeterzeile kostet 10 Pfennig. Bei Anzeigen, die nach dem 1. März 1932 erscheinen, beträgt die Gebühr 15 Pfennig. Bei Anzeigen, die nach dem 1. März 1932 erscheinen, beträgt die Gebühr 15 Pfennig. Bei Anzeigen, die nach dem 1. März 1932 erscheinen, beträgt die Gebühr 15 Pfennig.

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, vierteljährlich 4,75 Mark, halbjährlich 9,50 Mark, jährlich 18,00 Mark. Durch die Post 2,30 Mark. Einzelverkauf 10 Pfennig. Erhalten 6 und wöchentlich vormittags 11 Uhr. Postfach 2650 Karlsruhe. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe 1, B. Waldstraße 28. Fernruf 7020/7021. Telefonteil 7020/7021. Postfach 2650 Karlsruhe. Druck: Druckerei „Die Post“, Karlsruhe 1, B. Waldstraße 28. Fernruf 7020/7021. Telefonteil 7020/7021. Postfach 2650 Karlsruhe.

Nummer 29

Karlsruhe, Donnerstag, den 4. Februar 1932

52. Jahrgang

Eine tolle Nazischiebung

Wie Hitler „Deutscher“ werden sollte - Als Gendarmeriekommissar - Auf Schleichwegen, mit Hilfe des Naziministers Frick - Beamte mit bedrücktem Gewissen

Wie würde es erst im Dritten Reich werden

Die thüringische Staatsregierung hat der Reichsregierung heute (Mittwoch) das folgende Material übergeben. Der Reichsminister des Innern hat es dem Reichsminister des Innern zur staatsrechtlichen Prüfung zugeleitet.

Weimar, den 1. Febr. 1932.

Niederchrift.

Seute mittag zwischen 11 und 12 Uhr rief mich ein Vertreter der Frankfurter Zeitung an und teilte mir folgendes mit: Die Redaktion der Frankfurter Zeitung habe ihm heute nacht mitgeteilt, daß in der heute erscheinenden Nummer des von Stenness bearbeiteten und von Kapitän Ehrhardt fortgeführten Monatsblattes (siehe: ...)

Es würde eine große Ueberraschung geben. Hitler sei in einem deutschen Land bereits von einer nationalsozialistischen Regierung - wohl auf dem Wege der Anstellung zum Beamten - eingeweiht. Die Urkunde darüber werde im „Braunen Haus“ in München geheim verwahrt, um im geeigneten Zeitpunkt verwendet zu werden.

Die Notiz lasse erkennen, daß das betr. Land Thüringen sei. Der Vertreter der Frankfurter Zeitung fragte mich, ob das für Thüringen zuträfe. Ich erwiderte ihm, daß mir von der Sache nichts bekannt sei. Kurze Zeit darauf teilte ich das dem Ministerialrat A. mit, der in mein Zimmer zum Vortrag gekommen war. Er sagte darauf, daß er und der Oberregierungsrat B. etwas darüber wüßten, daß sie aber nichts darüber sagen könnten, da der Minister Dr. Frick sie zur Amtsverschwiegenheit in der Angelegenheit verpflichtet habe. Ich hielt die Angelegenheit für so bedeutungsvoll, daß ich sofort Herrn Minister Dr. Frick, der zur Zeit auf Urlaub in Göttingen weilte, telefonisch über das Vorfallene verständigte.

Herr Ministerialrat hatte auch zum Ausdruck gebracht, daß ihm daran gelegen sei, daß Minister Dr. Frick orientiert würde. Minister Dr. Frick erschien nachmittags und ordnete auf Vortrag an, Ministerialrat A. und Oberregierungsrat B. zu einer schriftlichen Erklärung zu verpflichten.

Nachrichtlich. (aes.) Walter, Ministerialrat.

Weimar, den 1. Febr. 1932.

Niederchrift.

Dem vorstehenden Auftrag entsprechend habe ich daraufhin als bald die beiden Herren aufgefordert, sich dienstlich zu äußern. Beide erklärten übereinstimmend, es sei ihnen etwas über die Angelegenheit bekannt. Minister Dr. Frick habe sie aber ausdrücklich zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Sie glaubten daher, keine Angaben machen zu dürfen, um sich nicht in Gegensatz mit § 9 des Staatsbeamtengesetzes zu bringen.

Ich machte die beiden Herren darauf aufmerksam, daß nach Aufhebung des Ministers Kästner ein von einem früheren Minister ausgesprochenes Schweigebot nicht auch gegenüber einem Amtsnachfolger dieses Ministers bestünde, daß vielmehr nach seiner Ansicht beide Herren verpflichtet seien, dem berechtigten Minister im Amt auf Verlangen auch über Amtshandlungen seines Vorgängers Mitteilung zu machen, für die im übrigen für sie die Dienstverschwiegenheit zum Schweigen bestünde.

Beide Herren haben, dem Herrn Staatsminister Dr. Kästner ihre Aufklärung mitzuteilen. Ich teilte Herrn Minister Dr. Frick das mit.

Nachrichtlich. (aes.) Walter, Ministerialrat.

Weimar, den 1. Febr. 1932.

Staatsminister Dr. Kästner eröffnete den Beteiligten persönlich, daß sie unbedingt verpflichtet seien, ihnen zur Kenntnis gelangte dienstliche Vorgänge, auch wenn sie unter einem auferlegten Schweigebot seines Vorgängers ständen, wahrheitsgemäß zu bezeichnen. Die Amtsverschwiegenheit könnte nach dem Sinn des § 9 des Staatsbeamtengesetzes nur gegenüber dem Minister für seine Amtszeit Geltung haben. Die Beamten würden sich jedoch eines Dienstvergehens schuldig machen, wenn sie seiner Aufforderung zur dienstlichen Auserkung nicht nachkämen.

Es erklärte darauf Oberregierungsrat B.: Ich will nunmehr auslegen. Es hat mich schon stets bedrückt, daß ich von einem Vorgänge Kenntnis hatte, den ich für politisch bedeutsam hielt, über den ich aber zur Dienstverschwiegenheit ausdrücklich verpflichtet worden war.

Es ist wohl im Juli 1930 gewesen, jedenfalls an einem Tage, wo ich mich auf Urlaub abmeldete. Minister Dr. Frick ließ mich am Vormittag kommen und Anstellungsurkunden mitbringen. Den Grund hierfür müßte ich nicht. Ich erhielt den Auftrag, nach seinem Diktat aufzuschreiben, und auf seine Anweisung wurde dem Dienstbeamten vorangelesen „Auf Anordnung“, woszu Minister Dr. Frick mich erklärte, daß er für den Inhalt des Diktats die alleinige und volle Verantwortung übernehme.

Er verpflichtete mich gleichzeitig zu strengstem Schweigen. Das Diktat bezog sich darauf, daß dem „Frontkämpfer des

Weltkrieges, Adolf Hitler“ die damals freie Stelle des Gendarmeriekommissars in Hildburghausen übertragen wurde. Ueber den Stellenantritt und die Dienstbesize war Entschiedenheit vorbehalten geblieben. Das weitere Diktat bezog sich meiner Erinnerung nach darauf, daß Adolf Hitler auf Dienstantritt und Befolgung verpflichtet.

Es war dies der Entwurf eines Schreibens, das offenbar Adolf Hitler zur Unterschrift vorgelegt werden sollte.

Ich habe pflichtgemäß meine Bedenken zum Ausdruck gebracht, daß ich sagte, das thüringische Finanzministerium müsse zur Mitzeichnung gezogen werden und wohl auch gesagt, daß das Finanzministerium mit der Angelegenheit befaßt werden müßte. Minister Dr. Frick erklärte, daß er den - damals beurlaubten - Finanzminister vertreten und selbst verantwortungsvoll zu bestimmen habe, wie er die Angelegenheit betreibe. Er verpflichtete mich hierauf nochmals ausdrücklich auf Dienstverschwiegenheit gegen jedermann. Ich habe mich an diese Verpflichtung bisher stets gebunden gehalten. Ich habe nur später von meinem Abteilungsleiter, Ministerialrat A., erfahren, daß ihn Minister Dr. Frick in die Vorgänge eingeweiht habe. Wir haben beide gemeinlich überlegt, wie wir uns gegenüber dem Schweigebot, das uns außerordentlich bedrückte, verhalten sollten. Es war uns am liebsten gewesen, wenn wir dem Nachfolger Dr. Fricks dienstlich darüber Meldung hätten machen können. Wir kamen aber zu dem Ergebnis, daß das Schweigebot dem entgegenstände. Ministerialrat A. hatte in den führenden Kommentaren nachgesehen, aber, wie er ansah, nichts zu der beregten Frage gefunden.

Minister Dr. Frick verwahrte die Schreiben - Entwurf und Reinschrift - selbständig. Welche Verwendung sie fanden, darüber weiß ich nichts. Der Minister hatte es auf Befragen abgelehnt, wie ich den Dienstakten zu geben, oder die Anstellung Hitlers in den Bekanntmachungen wie üblich zu veröffentlichen. . . .

Ministerialrat A.:

Ich begrüße es, daß ich nunmehr gewissener werde, was es heißt, auszusagen. Eines Tages, wohl im Juli 1930, sagte mir der Oberregierungsrat B., er komme eben von Minister Frick und habe dort auf dessen Anweisung an einer Sache mitwirken müssen, die vielleicht von außerordentlicher Tragweite sein würde, er sei aber zu strengster Verschwiegenheit verpflichtet worden. . . .

Etwa acht Tage darnach ging ich zum Minister Dr. Frick zum Vortrag; er wollte an diesem Tage auf Urlaub gehen. Nachdem ich meine Sachen vorgetragen hatte, sagte der Minister, er wolle mir jetzt Kenntnis von einer Sache geben, die meine Abteilungsbeauftragte. Er verpflichtete mich aber ausdrücklich zu strengster Amtsverschwiegenheit gegen jedermann. Er gab mir darauf ein Blatt Papier zum Lesen. Es war das Formular einer Anstellungsurkunde, auf dem in der Schrift des Oberregierungsrats B. stand, daß der „Frontkämpfer des Weltkrieges Adolf Hitler in München“ zum Gendarmeriekommissar in Hildburghausen ernannt wurde. Als ich diese ersten Worte gelesen hatte, sagte ich sofort zum Minister Dr. Frick, das ginge doch nicht, die Stelle sei zwar frei, aber nach den geltenden Bestimmungen müsse doch der Finanzminister mitwirken. Dr. Frick entgegnete etwas lakisch, er vertrete den Finanzminister und handle in doppelter Eigenschaft als Innenminister und als Finanzminister. Ich las dann weiter bis zum Ende, weiß aber infolge der Erregung, in der ich mich befand, nur noch dunkel, daß irgend ein Passus darin stand, wonach Hitler irgendwelche Rechte auf Amt oder Gehalt aus der Anstellung nicht herleite. Ob die Urkunde unterschrieben war, kann ich heute nicht mehr sagen, ich weiß nur, daß ich in der rechten unteren Ecke das Signum des Oberregierungsrates B. suchte. Dr. Frick sagte mir, die Stelle würde gleich wieder frei, da Hitler sofort um seine Entlassung aus dem Staatsdienst nachsuchen werde; die Stelle könne also mit dem einige Wochen vorher von mir vorgeschlagenen Gendarmerieoberwachmeister B. dann besetzt werden. . . .

Ich sprach dann mit Oberregierungsrat B. über die Sache, nachdem dieser vom Urlaub zurückgekehrt war. Wir waren beide außerordentlich bedrückt, daß wir davon wüßten. Nachdem Minister Dr. Frick aus der Regierung ausgeschieden war, habe ich mit Herrn B. zusammen öfter beraten, ob wir nunmehr dem Nachfolger Dr. Fricks auch ohne unmittelbare Veranlassung Mitteilung machen müßten. Ich habe zu dem Zweck aus beamtenschriftliche Kommentare nachgesehen, habe auch mit dem Personalreferenten des Ministeriums über die grundsätzliche Seite der Frage Rücksprache genommen; das Resultat meiner Ueberlegung war aber, daß ich mich nach wie vor an das Schweigebot gebunden fühlte.

Uebriens kam ich bei meinen Ueberlegungen zusammen mit Oberregierungsrat B. zu der Ansicht, daß eine Anstellung Hitlers als Beamter trotz etwaiger Aushändigung der Anstellungsurkunde

wohl gar nicht erfolgt sei; denn Hitler sollte weder ein Amt übertragen werden, noch sollte er in die mit dem Amte verbundenen Rechte und Pflichten eintreten. Hitler hat überhaupt keine dienstlichen Beziehungen mit dem Lande Thüringen aufgenommen. In dieser Richtung liegt auch die Tatsache, daß die ganzen Vorgänge überhaupt nicht in den Geschäftsgang gekommen sind.

Eine Erklärung Hitlers

EMM. MÜNCHEN, 2. Febr. (Eigene Meldung.) Zu der Meldung über den ansehnlich erfolgten Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Adolf Hitler als thüringischer Beamter, teilte die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP, mit, daß Minister Dr. Frick allerdings die Absicht gehabt habe, Adolf Hitler, der vier Jahre lang in der deutschen Armee für sein Volk gekämpft hat, durch Erwerb der Beamteneigenschaft in Thüringen auch formell die deutsche Staatsangehörigkeit zu verschaffen. Als Adolf Hitler jedoch von diesen Bemühungen, die ohne sein Wissen feinerseit erfolgt waren, erfuhr, hat er Minister Frick, davon Abstand zu nehmen, bzw. die eingeleiteten Schritte rückgängig zu machen, da er nicht auf diesem Wege die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben wünsche. Demgemäß hat auch Minister Dr. Frick seine seit dem eingeleiteten Schritte unverzüglich abgebrochen.

Die hier geschilderten Vorgänge und Tatsachen sind erneut ein drastischer Beweis dafür, welche hinterlistigen Mittel nationalsozialistische Führer in der Verfolgung ihrer Absichten sich bedienen.

Frick, der Mann, der schon mit der famosen Fahfälligungsaffäre in München verknüpft war, versuchte also, für Hitler das thüringische Staatsbürgerrecht zu erschleichen und zwar unter Verheimlichung gegenüber den anderen thüringischen Ministern. Lediglich zwei höhere Beamte weihte er in diese schwindelhaften Manöver ein und belegte sie mit dem dienstlichen Schweigebot. Was wir bisher von dem Nazimann Frick als Minister in Thüringen und von dem Nazimann Klages in Braunschweig als Minister gehört haben, gibt einen für die deutsche Öffentlichkeit außerordentlich lehrreichen Anschauungsunterricht darüber, was das deutsche Volk alles zu erwarten hätte, wenn die Nazis überhaupt an die Macht gelangen würden.

Was Herr Dr. Frick als thüringischer Innenminister im Falle der Einbürgerung Hitlers unternommen hat, ist eine solch unehrliche, gewissenlose und hinterlistige Handlung, daß ein Mann, der derart als höchster Beamter eines Staates gehandelt hat, eigentlich sofort von der Bildfläche verschwinden müßte und eine Partei, die ihn trotz dieser bekannt gewordenen Tatsache noch hält, der Verachtung der Volksmassen anheim fallen sollte. Aber das wird nicht geschehen. Einer großen Anzahl der Naziführer aus der allerersten Umgehung Hitlers sind im Verlaufe der letzten Monate die schwerwiegendsten Dinge nicht nur nachgesagt, sondern nachgewiesen worden - sie sitzen trotzdem noch frohlich in ihren gut dotierten Ämtern in der Nazi-Partei. Wenn Hitler in der Tat darauf verzichtet haben sollte, das Schwindelmandat des Ministers Frick mitzumachen, so dürfte dabei die Erkenntnis eine Rolle gespielt haben, daß eine auf diese Weise erschlissene und erschwindelte Staatsbürgerschaft für Hitler selbst eines Tages die unangenehmsten Folgen haben könnte.

Der Vorgang drängt zu der Fragestellung, ob nicht noch andere Schwindelmandate im Gange sind, um Hitler auf solchen Wegen die Staatsbürgerschaft zu erschleichen. Daraus müßten eventuell und sofort vom Reichsinnenministerium aus die erforderlichen Konsequenzen gezogen werden. Wie kürzlich gemeldet wurde, ist Frick wieder, und zwar ohne Wissen des zuständigen Ministers, in Bayern als Staatsbeamter angestellt worden. Wird die bayerische Regierung einen Beamten dulden können und dulden dürfen, der als Minister zu solchen Handlungen fähig ist, wie er sie in Thüringen versucht hat? Es läßt sich denken, daß den Nazis die Enthüllungen über die Frickschen Schleichmanöver in Thüringen gerade im gegenwärtigen Augenblick außerordentlich unangenehm sein müssen, trotz ihres robusten Gemüßens.

Es ist außerordentlich lehrreich zu sehen, daß heute früh die schwerindustrielle Deutsche Allgemeine Zeitung sich für Hitler einsetzt und der Reichsregierung Vorwürfe macht, daß Hitler nicht schon früher das deutsche Staatsbürgerrecht erhalten habe. Und der Hugenbergsche Tag greift sogar die Reichsregierung deshalb an, weil sie das Material über die Frickschen Schiebung in Thüringen veröffentlicht habe, ohne sich vorher mit Frick in Verbindung zu setzen. Das hätte gerade noch gefehlt.

Der Hakenkreuzstaat im Staate

Die Landsknechte des Großkapitals und der Reaktion

An anderer Stelle der heutigen Ausgabe bringen wir eine in die Einzelheiten gehende Abhandlung über die Organisation der Hitleischen SA und SS in Baden, die von der Pressestelle im Staatsministerium zur Verfügung gestellt worden ist. In der Sache selbst bringt die von der Pressestelle gebotene Uebersicht nicht allzuviel Neues; daß Hitler eine militärisch gegliederte Organisation schon seit Jahren systematisch aufstellt, ist hinreichend bekannt. Auch über die Art der Organisation ist schon reichliches Material veröffentlicht worden. Immerhin dürfte unsere Leser eine solche genaue Darstellung lebhaft interessieren, zumal sie auch vom lokalen Gesichtspunkte aus gesehen, der Beachtung wert ist.

Unsere Leser wissen, daß wir schon seit Jahr und Tag immer und immer wieder auf die der Staatsautorität in der größtmöglichen Weise Abbruch tuende Tatsache hingewiesen haben, daß ein bereits wegen Hochverrat bestraffter ausländischer Putschist geradezu ungehindert in Deutschland militärisch organisierte Landsknechtshäufen zu bilden und die Organisation über das ganze Reich auszubreiten vermochte. Sowohl die Reichsregierung wie die einzelnen Länderregierungen haben, vom Standpunkt der Staatsautorität aus gesehen, in gottsträflicher Nachsicht gehandelt, eine Nachsicht, die an Pflichtvergessenheit grenzt. Welcher Staat sonst würde tatenlos zusehen und es geradezu erlauben, daß ein Mann und eine ihm umgebende Klique politischer Abenteuerer eine zur Gewaltanwendung täglch aufgehekte und militärisch eingezogene Truppe aufstellt, in der öffentlich hundertfach ausgesprochenen Absicht, die bestehende Staatsform so oder so zu verschieben? Das ist gegenwärtig nur in Deutschland und in dem deutschen Oesterreich möglich, in jedem anderen Staate würde die Staatsmacht rücksichtslos einschreiten. Die in jeder Beziehung für das deutsche Reich und für die deutschen Länder staatsgefährliche und auch blamable Tatsache, daß Herr Hitler ungehindert eine für die Zwecke der Beilegung der gegenwärtigen Staatsform gebildete Armee aufstellen durfte und die weitere, daß zwar der oberste Führer, wenn es sein muß, jeden Tag vor jedem deutschen Gericht einen Legaltatseid ablegt, die Unterführer dagegen zehntausenden von Volksgenossen blutige Abrechnung anfündigen, hat nicht nur dem Ansehen des deutschen Reiches im ganzen Auslande den schwersten Schaden zugefügt, sondern im Innern Deutschlands die politischen Verhältnisse verpestet und manchmal bis zur Unerträglichkeit gesteigert.

Wir wissen wohl, daß die Staatsmacht stark genug ist, die Hitleischen Gewaltshäufen binnen kürzester Frist niederzuschlagen, wenn sie zum gewaltsamen Umsturz schreiten würden; wir wissen auch weiter, daß die organisierte Arbeiterschaft auch allein stark genug wäre, der Gewaltanwendung der Hitleformationen Herr zu werden, aber die große Zahl der Memmen im deutschen Volke hat sich doch in einen gewissen Angstzustand durch die Hitlebanden und ihr Auftreten verfallen lassen. Und was weit schlimmer ist, der Glaube und das Vertrauen an eine kraftvolle Staatsführung ist durch die Tatenlosigkeit der deutschen Regierungen und durch die Duldung der Hitleischen Mobilisierung zur Zerstörung des Staates in leider weiten Kreisen schon geschwunden. Wir erleben es ja tagtäglich, wie nicht geringe Teile der deutschen Verwaltungsbürokratie gegenüber dem Treiben der Hitleianer verlagen, es sogar begünstigen, und beinahe jeder Tag bringt einen Justizskandal und Beweise dafür, daß in den Tempeln der deutschen Gerechtigkeit geradezu offenkundige Sympathien mit der Hakenkreuzerbewegung gepflegt und befeuert werden. Das hat der Hitlebewegung besonders bei Wahlen mit den Ausfristen gegeben, den sie seit 14 Jahren zu verzeichnen hat. Und wenn man dann noch registrieren muß, daß der Herr Reichskanzler selbst und die Herren des Reichswehrministeriums auf unverfrorene und paktige Annahmungen des Herrn Hitler in beinahe jeder Hinsicht antworten, so braucht es schließlich nicht Wunder zu nehmen, daß die kleineren bürokratischen Götter sich räusperten und spudern, was sie den großen abgequält haben.

Man kann einwenden, daß ja die Reichsregierung durch Notverordnungen mit Hilfe des Artikels 48 zu einer gewissen Abwehr geschritten und sich zum Schutze des Staates verhalten hat. Aber wer vermag denn ernstlich zu bestreiten, daß diese Notverordnungen in ihrem Inhalt und in ihrer Fassung völlig unzulänglich sind? Angenommen, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, seine Führer, seine Redner und seine Presse würden sich nur zu einem geringen Teile das anmaßen und erlauben, was tagtäglich von Seiten der Hitlebewegung aus geschieht, würde die jetzt zu beobachtende mangelnde Aktivität der Reichsregierung sicher nicht zu verzeichnen sein. Die Duldung des militärischen Aufbaues der Hitleischen Gewaltshäufen hat es geradezu zwangsläufig mitgebracht, daß sich auch Gegenorganisationen gebildet haben und Deutschland heute nicht nur das bedauerliche Bild folgenreicher innerpolitischer Zerküftung bietet, sondern auch von der Hakenkreuzlerischen Seite her die Gefahr des Bürgerkrieges.

Dazu kommt noch, daß man auch im Auslande weiß, daß gewisse Reichswehrstellen insofern den Hitleischen Organisationen, sagen wir, eine kleine stille Liebe entgegenbringen, als sie die bei den Braunjaden streng durchgeführten Erziehung zum Kadergehorsam nicht ungern sehen. Es ist deshalb den Nationalisten zum Beispiel in Frankreich leicht gemacht, dem französischen Klein- und Epichbürger vor einem im geheimen militärisch rüstenden Deutschland graulich zu machen. Wir sind überzeugt, daß in diesen Tagen in Genf, wenn auch vielleicht nicht in öffentlicher Rede, so aber doch in mündlichen Unterhaltungen, den deutschen Delegierten zur Abrüstungskonferenz über die Aufstellungen und Einbrüche, die man im Auslande von den gegenwärtigen Zuständen in Deutschland hat, so manches gesagt werden wird. Aber mit welchem Effekt und mit welchem Nutzen?

Daß die SA- und SS-Leute von ihrer Führung besonders auch dazu mißbraucht werden sollen, im gegebenen Falle als Landsknechte des Großkapitals und für den Sieg der Reaktion in Deutschland zu wirken, interessiert im Auslande wohl wenig, desto mehr natürlich die deutsche Arbeit-

Intriguen um Brüning

Die Manöver der Harzburger - Welche Rolle spielt Staatssekretär Meißner? Was Hugenberg vertraulich mitteilen läßt

SPD. Berlin, 3. Febr. (Eig. Draht.) Der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, läßt die Behauptung in Uebred stellen, daß er an irgendwelchen auf die Umbildung der gegenwärtigen Reichsregierung, d. h. auf Beilegung des Reichskanzlers Brüning gerichteten Intriguen beteiligt sei. Wir haben nie behauptet, daß Meißner an dem Intriguen-spiel direkt irgendwie beteiligt sei, wohl aber darauf hingewiesen, daß entsprechende Versuche gemacht worden sind. Das dürfte auch Herr Meißner nicht bestreiten wollen. Das Spiel der deutschnationalen Intriguen ergibt sich eindeutig aus einer „streng vertraulichen Mitteilung“ der deutschnationalen Parteileitung vom 11. Januar an einige vertrauenswürdig funktionäre. Die deutschnationalen Bemühungen scheiterten damals an der ablehnenden Haltung Hindenburgs. Jetzt, da es sich um die Umbildung Hindenburgs für die Volkswahl handelt, wird das Intriguen-spiel wiederholt. Es verfolgt, wenn auch zum Teil auf anderem Wege dasselbe Ziel, das man sich vor ein paar Wochen gesetzt hatte. Infolgedessen haben die „streng vertraulichen Mitteilungen“ wieder einen sehr aktuellen Charakter erhalten. Sie haben folgenden Wortlaut:

„Die Ablehnung des Wunsches des Reichskanzlers, die Amtseid des Reichspräsidenten auf parlamentarischen Wege durch verfassungsmäßige Mehrheit des Reichstags zu verlängern, war für die Deutschnationalen Volkspartei keinen Augenblick zweifelhaft.

Wenn diese Ablehnung um zwei Tage verlängert wurde, so lagen dem lediglich taktische Momente zugrunde. Eng mit dieser Frage hängt die Frage zusammen, wie der Reichspräsident über die zukünftige politische Entwicklung dachte und welche Auffassung der Reichskanzler hatte. Vor allem bestand auch die Notwendigkeit, bei den Verhandlungen mit Hitler erst wieder den notwendigen Kontakt herzustellen. Die Tatsache, daß Hitler, als er zu Brüning abgedungen wurde, nicht sofort von sich aus eine Antwort gab, sondern laute, daß er erst mit Hugenberg sprechen müsse, diese Tatsache zeigte, daß die Behauptung der Nationalsozialisten, sie würden alles alleine machen, falsch ist. Zudem läßt sich gerade in dieser Frage bei den Nationalsozialisten eine gewisse Unklarheit feststellen, daß gewisse Kreise bei ihnen, vielleicht sogar Hitler, der Verlängerung der Amtsdauer im Anfang keineswegs so abgeneigt waren. Daß eine Zustimmung zu dem Plan nicht riskiert werden konnte, solange die Deutschnationalen nein sagten, war selbstverständlich. Auch daraus erklärt sich die Rücksicht auf die Deutschnationalen. Die Besprechungen mit den Nationalsozialisten am Samstag und Montag hatten dann das Ergebnis, daß man ablehnen sollte.

Die Fällungnahme mit dem Witz des Reichspräsidenten ergab, daß man dort außerordentlich empört über Brüning war. Früher war der Reichspräsident dem Gedanken auf Verlängerung auf parlamentarischen Wege durchaus abgeneigt. Erst zum Schluss hat er seine Zustimmung gegeben, und zwar infolge der optimistischen Auffassung der Regierung über das Gelingen des Planes.

Aus früheren Äußerungen Hitlers läßt die Regierung sicher zu sein, daß dieser dem Plan zustimmen würde.

Man hatte gehofft, die Sache mit den Nazis alleine machen und die Deutschnationalen vollkommen ausschalten zu können. Das Hugenberg eingeschaltet werden mußte und das das Projekt scheitern könnte, damit rechnete die Regierung überhaupt nicht. Nun ist der Reichspräsident entrückt darüber, daß er über die Möglichkeiten falsch unterrichtet wurde und daß er dem Streit der Parteien und schließlich einer Ablehnung ausgesetzt wurde. Man geht sogar so weit, von einer ersten Krise in der Wilhelmstraße zu sprechen und von der Möglichkeit des Rücktritts Brünings. Dies erscheint nicht nur als übertrieben. Er wird immer mit angedehnten Rücksichten auf die außenpolitische Lage abgelehnt werden. Wie zuverlässig verläutet, hat Brüning noch bis heute nachmittags an einen Kreis gesandt, und zwar, wie hinzugefügt wird, auf Grund der Aussagen von Hitler.

Die Besprechung zwischen Hugenberg und Brüning am Sonntag hatte rein informativen Charakter. Brüning begründete seinen Vorschlag und beantwortete die Fragen, die Hugenberg in bezug auf die Auffassung des Reichskanzlers über die weitere politische Entwicklung stellte. Irrendwelse Gerüchten über die Umbildung der Regierung haben nicht stattgefunden.

Die besondere Begründung der deutschnationalen Ablehnung ist

tertschaft, die in ihrem harten Kampfe auch durch die Hitlebewegung und nicht nur durch die Kommunisten immerhin gehemmt wird. Man kann sich des starken Eindruckes nicht mehr erwehren, daß insbesondere die Reichsregierung in ihren Entschlüssen gegenüber der rechtsstabilen Bewegung auch mit durch die Tatsache gelähmt wird, daß die ja politisch so einflussreiche Schwärmerbewegung geradezu das Patronat über die Hitlebewegung übernommen hat und sie, wie bekannt, mit gewaltigen Geldmitteln aus den großen Kassen speist. So ist es ebenfalls zwangsläufig geworden, daß sich aus republikanischen und staatsstreuen Kreisen heraus eine große Abwehr- und Kampffront gegen den Faschismus bilden mußte, daß also die Initiative der Staatsbürger sich geltend machen muß, weil von Seiten der Staatsmacht aus das erforderliche bisher nicht getan worden ist. Wird sich in Deutschland erst dann eine Reichsregierung finden, die den Mut und die Kraft hat, sich der umstürzlerischen Tätigkeit der Staatsfeinde kraftvoll zu erwehren, wenn die Gefahr Tatsache zu werden droht? Man muß sich immer wieder auf, wenn man die eingangs erwähnte Darstellung der Pressestelle des habsbischen Staatsministeriums durchliest.

Unter einer Todesanzeige im Würzburger Generalanzeiger lesen wir die Unterschrift von zwei Brüdern: Anton Freiherr von Mauchenheim, Hauptmann im Führerstab zurzeit im Auslande, Theodor Freiherr von Mauchenheim, Oberleutnant zur See.

Der Titel „Hauptmann im Führerstab“ kommt uns unbekannt vor; es kann nur Hitlers Führerstab gemeint sein. Danach wäre Hitlers Führerstab ein richtiger militärischer Generalstab, in dem es sogar militärische Rangstufen gibt! Der Bruder dieses Hauptmanns im Führerstab dient in der Reichsmarine!

aus dem Brief Hugenbergs an den Reichskanzler zu ersehen, der vielleicht noch heute abend, spätestens aber morgen früh veröffentlicht wird. Der Wortlaut des nationalsozialistischen Briefes ist im Augenblick noch nicht bekannt. Es verläutet, daß die Nationalsozialisten in ihrem Brief schon ausgesprochen wollen, daß sie einer Umbildung Hindenburgs bei der richtigen Präsidentenwahl zustimmen würden. Falls das nicht in diesem Briefe steht, so geht doch aus allem hervor, daß sie sich in dieser Richtung schon weitgehend festgelegt haben. Die Deutschnationalen haben diese Frage bei ihren Besprechungen mit der Umgebung des Reichspräsidenten nicht berührt.

Sie sind der Auffassung, daß eine Wiederwahl Hindenburgs nur dann in Frage kommen könnte, wenn er sich durch eine augenscheinlich politische Handlung — etwa Bildung eines Reichskabinetts oder Veranlassung von Neuwahlen im Reich — offensichtlich auf die Seite der Rechten stellt.

Bei dieser Gelegenheit mag erwähnt werden, daß sowohl der Reichspräsident als auch die Reichsregierung ermächtigt haben, daß die Preußenwahlen unter allen Umständen zu dem gelesmäßigen Termin stattfinden werden. Der Reichskanzler hat in der Unterredung mit Dr. Hugenberg erklärt, daß vor diesen Wahlen eine Umänderung der politischen Verhältnisse kaum in Frage kommen könnte.

Die Position der Deutschnationalen ist durch die Vorgänge der letzten drei Tage außerordentlich gestärkt worden. Der offensichtliche Versuch der Regierung, sie zu übergeben und damit in ihrem Ansehen zu schädigen, ist mißlungen. Die von den Nationalsozialisten ausgesprochene Auffassung, daß sie die Entscheidung in der Hand haben, hat sich als falsch erwiesen. Brüning hat eine schwere Niederlage erlitten. Sein Verhältnis zum Reichspräsidenten ist trübe. Die Taktik, die die Deutschnationalen eingeschlagen haben, hat sich als richtig erwiesen.

Dieser Brief der deutschnationalen Parteileitung ist, wie bereits bemerkt, am 11. Januar an eine Anzahl vertrauenswürdig funktionäre verläutet worden. Er leuchtet hell in das Dunkel der Intrigue und zwischen den Rechten Parteien und um die Reichsregierung herum gesponnen wird.

Es ergibt sich aus diesem Brief, daß Brüning allen Grund zu der Annahme hatte, die Nationalsozialisten würden seinem Plan, die Amtsperiode des Reichspräsidenten durch den Reichstag zu verlängern, zustimmen. Kurz bevor er sein Ziel erreicht hatte, schaltete sich Hugenberg ein. Mit einem Schlag wollte er auf der einen Seite die Nationalsozialisten durcheinander bringen, und auf der anderen Seite den Reichspräsidenten gegen den Reichskanzler hehen. In dem vertraulichen Schreiben brülfert er sich offen, beide Ziele erreicht zu haben.

Von großer Bedeutung für die politische Entwicklung der nächsten Tage ist die Erklärung, daß für die Deutschnationalen eine Wiederwahl Hindenburgs nur dann in Frage kommen könnte, wenn er sich durch eine augenscheinliche politische Handlung, etwa Bildung eines Reichskabinetts oder Veranlassung von Neuwahlen im Reich offensichtlich auf die Seite der Rechten stelle. Damit wird vom Reichspräsidenten gefordert, daß er auf das Vertrauen verzichten soll, das er sich durch seine Amtsführung in breiten Kreisen außerhalb der Rechten erworben hat, daß er Brüning als Hindenburg in die Wüste schieben und selbst als einseitiger Parteiführer des radikalen Nationalismus in einen Wahlkampf eintreten soll.

Da nun von der Loyalität des Reichspräsidenten nicht zu erwarten ist, daß er sich einer so unwürdigen Zumutung fügt, verläutet man jetzt, das Ziel auf Umwegen zu erreichen. Man verläutet, den Reichskanzler unter Druck zu setzen und ihm einzureden, er müsse sich opfern und zurücktreten, um die Zustimmung der Rechten zu einer Kandidatur Hindenburgs zu ermöglichen. Auf diesem Umwege würde dann die Hugenbergfliche doch noch ihr Ziel erreichen, Hindenburg als einseitigen Parteiführer der Rechten abzusetzen. Wenn der Reichskanzler in diese Falle ginge, so würde er damit nicht nur sich, sondern auch dem Reichspräsidenten den aller schlimmsten Dienst erweisen.

Zur Reichspräsidentenwahl

W.B. Berlin, 3. Febr. Der Vorsitzende des Hindenburg-Komitees, Oberbürgermeister Dr. Sabam, teilt folgendes mit: Die Nachrichten aus allen Teilen des Reiches lassen erkennen, daß die formell erforderliche Zahl von 20.000 Einzeichnungen bereits am ersten Tage um ein Vielfaches überschritten wurde. Der Hindenburg-Ausschuss ist von allen Seiten gebeten worden, sich mit der Erreichung der formalen Voraussetzungen nicht zu begnügen, sondern die Listen weiter ausfüllen zu lassen, um allen Parteimitgliedern freien Gelegenheit zu einer nachvollständigen Kandidatur für den Reichspräsidenten von Hindenburg zu geben. Demnachstehend werden die Listen nach etwa 10 Tagen an die Öffentlichkeit kommen.

Der Reichsminister des Innern hat sich telegraphisch an die Landesregierungen gewandt und diesen mitgeteilt, daß mit Ausschreibung der Reichspräsidentenwahl in nächster Zeit bestimmt zu rechnen ist. Wahlvorschlüsse bedürften der Bestätigung der Landesregierungen, daß die Unterzeichner stimmberechtigt sind. Die Bestätigungen auf den Unterschriftenlisten können schon jetzt angefordert werden. Der Reichsinnenminister hat die Landesregierungen gebeten die Gemeinden anzuweisen, Erträgen um Ausstellungen derartiger Bestätigungen mit künftiger Bestätigung zu ermöglichen.

Die Abrüstungskonferenz

Genf, 3. Febr. Der Geschäftsordnungsausschuss der Abrüstungskonferenz hat heute die Geschäftsordnung durchberaten. Es sind fünf Sachkommissionen vorgelesen, in denen jeder Staat durch einen Delegierten vertreten ist.

Wer regiert in Deutschland?

W.B. Berlin, 3. Febr. Der Reichskanzler wird, wie die „Volksfreund“ wissen will, nach den bisherigen Dispositionen voraussichtlich am Samstag nach Genf reisen, um an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen.

W.B. Berlin, 3. Febr. Wie der „Anariff“ berichtet, werden im Auftrage Hitlers General Ritter von Epp und Oberst Seibert nach Genf fahren, um als Beobachter die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz zu verfolgen.

Die S.A. und S.S. in Baden

Von der Pressestelle beim Staatsministerium mitgeteilt

In der Presse ist die Frage laut geworden, ob die Vorgänge in der badischen S.A. und S.S., die „in der Bevölkerung lebhaft besprochen werden“, bekannt sind. Die Antwort auf diese Anfragen wird hiermit gegeben:

In den letzten Wochen sind von der Führung der S.A. und der S.S.

große organisatorische Änderungen

in den beiden Verbänden vorgenommen worden. Die mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 in Kraft getretene Umorganisation ist dem äußeren Rahmen nach zum Abschluß gelangt; die Besetzung der Dienststellen mit geeigneten Führern ist teilweise noch im Gange.

Der Gau Sturm Baden der S.A.

bildet eine Untergruppe der Gruppe Südwest der S.A. der NSDAP. Der Gau Sturm setzt sich aus 3 Standarten (Standorte: Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg) zusammen. Oberführer Rudin hat mit Befehl vom 13. Oktober 1931 bezüglich der Benennung der bisherigen Standarten 4, 5 und 6 folgendes angeordnet:

„Die Standarten tragen nunmehr zur Erinnerung an die ehemaligen Stämme badischen Regimenter die Nummern 109 (ehemal. 1. Badisches Leibgrenadier-Regiment Großherzog Friedrich), 110 (ehemal. 2. Badisches Grenadier-Regiment 110 Kaiser Wilhelm I) und 113 (ehemal. 5. Badisches Infanterie-Regiment 113). Ich hoffe, daß sich die Standartenführer der großen Pflichten, die ihnen die Tradition der besten Armee der Welt auferlegt, bewußt sind. Sie haben alles daran zu setzen, daß ihre Standarten, die Regimenter des arbeitenden Volkes, sich dieser Auszeichnung würdig erweisen.“

Die Standarte 110 (Heidelberg) besteht aus 8 Sturmabteilungen (Sturmabteilung I Mannheim; II Mosbach-Eberbach; III Heidelberg; IV Sinsheim-Wiesloch; V Weinheim; VI Buchen, Adelsheim, Wertheim, Tauberbischofsheim).

Die Standarte 109 (Karlsruhe) setzt sich aus 6 Sturmabteilungen zusammen (Sturmabteilung I Karlsruhe-Etlingen; II Forzheim-Bretten; III Offenburg-Rehl; IV Bruchsal; V Raistatt-Bühl-Oberkirch; VI Lahr-Wolfach).

Die Standarte 113 (Freiburg) hat 4 Sturmabteilungen (Sturmabteilung I Freiburg-Emmendingen-Waldkirch-Staufen-Neustadt; II Müllheim-Bräunlingen-Schopfheim-Säckingen-Waldshut; III St. Gallen-Überlingen-Willendorf-Konstanz-Meckingen; IV Billingen-Donauwörth-Engen).

Ueber die Bezeichnung der nächstunteren Einheit, der Stürme,

führt der erwähnte Befehl Rudins aus:

Die Stürme innerhalb der Standarte werden in Zukunft durchgezählt. Jeder Sturmabteilung erhält 10 S.A. und einen Motorsturm. So führt z. B. der III. Sturmabteilung einer Standarte die Sturmnummern 20 bis 30. Neuaufgestellte Stürme erhalten die nächste freie Nummer. Ist keine Nummer mehr vorhanden, so darf im Sturmabteilung kein neuer Sturm mehr aufgestellt werden. Die vorhandenen Stürme werden dann bis zu einer Stärke von 200 Mann aufgefüllt.

Die S.A.-Reserve wird nunmehr im Sturmabteilungsbereich zum 10. Sturm eines jeden Sturmabteilungsbereiches zusammengefaßt. Die Bezeichnung S.A. fällt damit weg. Wenn z. B. von Sturm 40/109 die Rede ist, so heißt man, daß es die S.A.-Reserve des Sturmabteilungsbereiches IV/109 ist.

Die Motorstürme tragen wie bisher die Bezeichnung ihres Sturmabteilungsbereiches, z. B. Motorsturm IV/110. Sie unterstehen faktisch dem Sturmabteilungsführer, in allen fachtechnischen Fragen dem Staffelführer. Zum Staffelführer tritt der Oberstaffelführer, zu den Standartenführern in Zukunft die Staffelführer 109, 110, 113. Oberstaffel- und Staffelführer unterstehen in allen fachlichen Fragen den S.A.-Führern, welchen sie als Berater beigegeben sind.“

Die derzeitige Einteilung der S.A. in Baden mit ihren Führern

(Inzwischen vorgenommene Änderungen in der Stellenbesetzung vorbehalten) ist folgende:

Reichsleitung in München.

Oberster S.A.-Führer: Adolf Hitler.
Chef des Stabes: Hauptmann a. D. Ernst Röhm.
Adjutant: Reiner.

Gruppe Südwest.

Führer: Dietrich v. Jagow, Oberleutnant z. S. a. D. in Stuttgart.

Untergruppe (Gau Sturm) Baden.

Führer: Leutnant a. D. Hans Rudin in Karlsruhe.
Stabsleiter: Franz Moraller in Karlsruhe.

Standarte 110 Standarte 109 Standarte 113

Standarte 110.

Führer: W. Ziegler in Heidelberg.
Stabsleiter: Dr. Abendroth in Heidelberg-Schlierbach.
Lehrsturm 110: August Kerber.



Sturmabteilung I/110 (Amtsbezirk Mannheim).

Führer: Hans Zeit in Mannheim.
Adjutant: W. Klebsattel.
Motorsturm I: Adolf Ehr in Weinheim.
Sturm 1/110: Daniel Störck in Mannheim.
Sturm 2/110: Karl Reffert in Ladenburg.
Sturm 3/110: Karl Gimbel in Schwetzingen.
Sturm 4/110:
Sturm 5/110: Fritz Schnepf in Mannheim.
Sturm 10/110:

Sturmabteilung II/110 (Amtsbezirk Mosbach, Eberbach).

Führer: B. Koch in Lindach.
Adjutant: Karl Engelhardt in Eberbach.
Motorsturm II/110:
Sturm 11/110: Ludwig Eiermann in Eberbach.
Sturm 12/110: Karl Günther in Unterschwarza.
Sturm 13/110: Ludwig Endlich in Diesheim.
Sturm 14/110: W. Ties.
Sturm 20/110:

Sturmabteilung III/110 (Amtsbezirk Heidelberg).

Führer: Karl Körner in Heidelberg.
Adjutant: Willi Besserer in Heidelberg.
Motorsturm III/110: R. Klink in Dossenheim.
Sturm 21/110: Ernst Schmeißer in Heidelberg.
Sturm 22/110: Eduard Soine in Heidelberg.
Sturm 23/110: Richard Muschil in Heidelberg.
Sturm 30/110: Max Röder in Heidelberg.

Sturmabteilung IV/110 (Amtsbezirk Sinsheim, Wiesloch).

Sturm 31/110: Emil Bucher in Kirchardt.
Sturm 32/110: Eugen Wächter in Eichtersheim.
Sturm 33/110: Eugen Kaulen in Eichelbronn.
Sturm 34/110: Stephan Weigel in Waldorf.
Sturm 40/110:

Sturmabteilung V/110 (Amtsbezirk Weinheim).

Führer: Alois Kraft in Weinheim.
Motorsturm V/110:
Sturm 41/110: Heinrich Menges.
Sturm 42/110:
Sturm 50/110:
Sturmabteilung VI/110 (Amtsbezirk Buchen, Adelsheim, Wertheim, Tauberbischofsheim).

Sturm 51/110: Gottfried Benz in Raig.
Sturm 52/110: Otto Baumgärtner in Lauda.
Sturm 53/110: Friedrich Ulrich II in Merchingen.
Sturm 60/110:

Standarte 109.

Führer: Karl Rude in Karlsruhe.
Adjutant: Walter Rau in Bühlertal.
Lehrsturm 109: B. Eppinger in Karlsruhe.



Sturmabteilung I 109 (Amtsbezirk Karlsruhe, Ettlingen).

Führer: Eduard Stapelmann in Karlsruhe.
Motorsturm I/109: Erich Merkle in Karlsruhe.
Sturm 1/109: Ludwig Libel in Karlsruhe.
Sturm 2/109: Friedr. Schwammberger in Karlsruhe.
Sturm 3/109: Fritz Killing in Karlsruhe.
Sturm 4/109: Erich Werner Gladitsch in Ettlingen.
Sturm 5/109: Fritz Bischoff in Langensteinbach.
Sturm 6/109: Julius Margranter in Neureuth.
Sturm 7/109: Gustav Adolf Seitz II in Riedelsheim.
Sturm 8/109: Joachim Winkler in Gröchingen.
Sturm 10/109: A. Merkle in Karlsruhe.

Sturmabteilung II/109 (Amtsbezirk Bretten, Forzheim).

Führer: Fritz Killing in Karlsruhe.
Adjutant: Willi Sonderhof in Forzheim.
Motorsturm II/109: Fritz Harms in Forzheim.
Sturm 11/109: (Forzheim).
Sturm 12/109: Fritz Schaefer in Oberader.
Sturm 13/109: Fritz Clausing in Dietlingen.
Sturm 14/109: Heinrich Waltenberger in Bretten.
Sturm 20/109: Emil Frank in Forzheim.

Sturmabteilung III/109 (Amtsbezirk Rehl, Offenburg).

Führer: Fritz Eiche in Rehl.
Adjutant: Otto Anstett in Rehl.
Motorsturm III/109: Karl Difermann in Altenheim.
Sturm 21/109: Hans Brand in Rehl.
Sturm 22/109: Viktor Graf in Regeleschurit.
Sturm 23/109: Georg Altmus in Offenburg.
Sturm 24/109: Georg Sutter in Altenheim.
Sturm 30/109:

Sturmabteilung IV/109 (Amtsbezirk Bruchsal).

Sturm 31/109: Rudolf Winkler in Bruchsal.
Sturm 32/109: August Sefelle in Helmsheim.
Sturm 40/109:

Sturmabteilung V/109 (Amtsbezirk Raistatt, Bühl, Oberkirch).

Führer: Dr. Liberatus Binswanger in Baden-Baden.
Sturm 41/109: Otto Goller in Raistatt.
Sturm 42/109: R. Stoll in Staufenberg.
Sturm 43/109:
Sturm 44/109:

Sturm 45/109: Georg Klein in Kappelrodeck.
Sturm 46/109: Max Bürtle in Baden-Baden.
Sturm 47/109: D. Müller in Oberkirch.
Sturm 50/109:

Sturmabteilung VI/109 (Amtsbezirk Lahr, Wolfach).

Führer: Josef Frik in Lahr.
Sturm 51/109: B. Meller ein Lahr.
Sturm 52/109: Benjamin Heimburger in Schenckheim.
Sturm 60/109:

Standarte 113.

Führer: Fritz Müller in Bingen.
Adjutant: M. Baurer.
Lehrsturm 113:



Sturmabteilung I/113 (Amtsbezirk Freiburg, Emmendingen, Waldkirch, Staufen, Neustadt).

Führer: Daniel Brechmar in Freiburg.
Motorsturm I/113: Karl Alfons Stöcklin in Freiburg.
Sturm 1/113:
Sturm 2/113: R. Haufer in Emmendingen.
Sturm 3/113: Karl Reinhold in Hringen.
Sturm 4/113: Sittich in Bingen.
Sturm 5/113: Dr. Erasmus Vogel in Grafenhausen.
Sturm 10/113: St. Wehrle in Freiburg.

Sturmabteilung II/113 (Amtsbezirk Müllheim, Bräunlingen, Schopfheim, Säckingen, Waldshut).

Führer: Albert Schmidt in Steinen.
Adjutant: Chr. Blum.
Sturm 11/113: Karl Bühler in Bräunlingen.
Sturm 12/113: Otto Goffer in Säckingen.
Sturm 13/113: Arthur Stoffer in Bräunlingen.
Sturm 14/113: Karl Pfleger in Bräunlingen.
Sturm 15/113: Josef Müller in Bräunlingen.
Sturm 16/113: Alfred Klar in Bräunlingen.
Sturm 17/113: Rudolf Sed in Waldshut.
Sturm 20/113:

Sturmabteilung III/113 (Amtsbezirk St. Gallen, Überlingen, Willendorf, Konstanz, Meckingen).

Führer: Dr. Karl Neuscheler in Überlingen.
Motorsturm III/113: Paul Schaffer in Konstanz.
Sturm 21/113: Ernst Steuer in Konstanz.
Sturm 22/113: Vinzenz Keil in Rüdert am See.
Sturm 23/113: Ludwig Beck in Radolfzell.
Sturm 24/113: Walter Kleeje in Singen a. S.
Sturm 25/113: Wolfberger in Willendorf.
Sturm 26/113: Heinrich Rille in Stetten a. f. M.
Sturm 30/113:

Sturmabteilung IV/113 (Amtsbezirk Billingen, Donauwörth, Engen).

Führer: Richard Wagenbauer in Billingen.
Motorsturm IV/113:
Sturm 31/113:
Sturm 32/113: Heinrich Jäger in Billingen.
Sturm 33/113: Reinhold Seebler in Triberg.
Sturm 40/113:

*

Am 15. Juni 1931 wurde

die Reichsführerschule in München

eröffnet; sie ist die Ausbildungsstätte der oberen S.A.-Führer (vom Sturmabteilungsführer an). Schon zahlreiche badische S.A.-Führer haben in den letzten Monaten die zweijährige Kurse an der Reichsführerschule besucht. Es zeigte sich aber bald, daß eine einzige Schule weder bezüglich der Unterrichtsgegenstände noch der Teilnehmerzahl (jeweils etwa 40 Mann) zur gründlichen, weltanschaulichen und praktischen Ausbildung aller S.A.-Führer ausreichte. Am 20. Oktober 1931 gab deshalb der Chef des Stabes, Röhm, eine Verfügung heraus, daß jeder Gau Sturm eine „Führer-Vorschule“

errichten solle.

„Der Schwerpunkt der Tätigkeit dieser Vorschulen ist auf die S.A.-mäßige Ausbildung zu legen. Gründliche Beherrschung der S.A.-Dienstvorschriften, namentlich der Uebungsvorschrift, Erziehung zu innerer tadelloser Haltung besonders vor der Front, praktische Schulung in den Uebungen der Uebungsvorschrift, Kommandoabgabe, Geländekunde mit allem, was dazu gehört (Kartenlesen, Zurechtfinden bei Tag und Nacht, Kompassgebrauch, Entfernungsschätzen). Die weltanschauliche Schulung hat dahinter zurückzutreten, ist aber nicht völlig außer acht zu lassen.“

Die „S.A.-Führer-Vorschulen“ sollen kein „Ersatz“ für die Reichsführerschule sein, sondern wie schon ihr Name sagt, die Vorarbeiten für sie leisten. Mit der Zeit ist anzustreben, daß nur solche S.A.-Führer zur Reichsführerschule kommandiert werden, welche einen Lehrgang in einer Vorschule durchgelaufen haben.

Die Dauer der Lehrgänge an den „Führer-Vorschulen“ darf nicht unter 14 Tagen betragen.“

Als Standorte der Führer-Vorschulen sollen kleine Städte oder Dörferlichkeiten auf dem Lande bestimmt werden.

In Ausführung dieser Anweisung hat die S.A.-Führung Baden am 1. November 1931 in einem Verghaus auf der Lehnwiese bei Furtwangen eine Gau Sturm-Vorschule

eröffnet. An den 14-tägigen Kursen nehmen durchschnittlich 20 SA-Leute teil.

In verschiedenen Städten sind SA-Grüne gegründet worden, die in letzter Zeit stark vermehrt wurden.

Die SS. in Baden bildet die Standarte 32; Führer ist der Kanzleiangestellte a. D. Hans Selwig in Hemsbach.

Die weitere Gliederung ist folgende: Reichsleitung in München. Reichsführer: M. d. N. S. G. Simmler.

Abchnitt I Süd. Führer: M. d. N. Josef Dietrich.

Standarte 32 (Baden). Führer: Hans Selwig in Hemsbach.

Sturm I (Nordbaden). Führer: Konrad Jahn in Heidelberg. Sturm 1: Weinheim, Schriesheim, Hockenheim, Edingen.

Sturm II. Führer: Vanner in Karlsruhe. Sturm 1: Karlsruhe. Sturm 2: Borsheim, Röttingen, Delselbrunn, Kieselbrunn.

Sturm III. Führer: Georg Seitz in Lahr. Sturm 1: Freiburg, Müllheim, Emmendingen, Staufen.

Die hier mitgeteilte Aufstellung über die Organisation der SA und SS. in Baden entspricht dem Stand vom Spätherbst 1931.

Jhringen, Breisach, Oberrotweil, Bögingen, Oberhaffsbauhen, Neustadt, Waldkirch.

Die Bestimmung, daß die Stärke der SS. nur 10 Proz. des Bestandes der SA. betragen darf, ist aufgehoben; sie kann bis auf 25 Proz. heraufgesetzt werden.

In der von Adolf Hitler herausgegebenen „Dienstvorschrift für die SA. der NSDAP.“ heißt es in Kapitel 7, Artikel 283-287 (S. 160 ff.):

Nachrichten- und Meldedienst. Die rasche und verlässliche Durchgabe von Befehlen und Meldungen muß gesichert sein auch für den Fall, daß uns die öffentlichen Verkehrsmittel — Bahn, Post, Fernsprecher, Telegraph — nicht zur Verfügung stehen.

284. Siefür ist ein planmäßig festgelegtes Netz von Meldelinien, vom Sturm oder selbständigen Trupp bis hinauf zur Obersten SA-Führung, von jeder SA-Dienststelle innerhalb ihres Bereichs auszuarbeiten und einzurichten.

285. Bei jeder SA-Dienststelle muß ein Verzeichnis mit genauer Adressenangabe aller derjenigen vorgelegten und unterstellten Führer (auch der politischen Leiter) vorhanden sein.

286. Diese Melderverbindung muß auch in ruhigen Zeiten wiederholt benutzt werden, um sie im Ernstfall sicherzustellen.

287. Jeder SA-Mann muß geliebt sein, Meldungen über besondere Vorgänge abzufassen und Befehle richtig zu überbringen.

„Heldenzüngle“ vom Hakenkreuz

Dresden, 3. Febr. (SPD.) In dem seit drei Tagen vor dem Schurgericht Dresden gegen 8 Nationalsozialisten geführten Prozeß wurde der Handlungsgehilfe Helmecke und ein sogenannter Kunstgewerbetler Sans Merck wegen zweifacher gefährlicher Körperverletzung, im zweiten Fall verbunden mit Raubhandeln sowie Verbrechen gegen das Waffengesetz zu 2 Jahren 4 Monaten bzw. zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Der Verhandlung lagen zwei Überfälle auf Reichsbannerleute zugrunde. Im zweiten Fall wurde am 3. November der Reichsbannerkamerad Arno Wolf in Riesa durch 5 Messerstiche auf bestialische Weise ermordet.

Frankfurt a. M., 3. Febr. (SP.) Die Große Strafkammer des Frankfurter Landgerichts verurteilte drei Nationalsozialisten wegen erheblicher Körperverletzung zu je 6 Monaten Gefängnis.

Das Bürgerkriegstreiben der Terrorparteien

Essen, 3. Febr. (Gla. Drabl.) In dem Prozeß gegen 12 Mitglieder einer kommunistischen Terrorgruppe, die am 14. März 1931 auf einen befehlshaftern Trupp Nationalsozialisten aus dem Hinterhalt einen Feuerüberfall veranfaßten, und einen 16-jährigen Anstreicherlehrling töteten, beantragte der Staatsanwalt gegen die vier Hauptangeklagten wegen vorläufigen und überlegten Mordes die Todesstrafe.

Kommunistische Reichswehrzerlegungversuche

Berlin, 3. Febr. Der Berliner Polizeipräsident teilt heute mit: Am 20. Januar 1932 wurde in Berlin-Gallensee eine Reihe von Personen festgenommen, die in dem dringenden Verdacht standen, die Zerlegung der Reichswehr in Eisgrund im Auftrag der Kommunisten zu betreiben.

Gegen die Beschuldigten ist ein Strafverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet worden. Vom Vernehmungsrichter beim Polizeipräsidenten wurde gegen 6 Beschuldigte Haftbefehl erlassen.

KPD. Hannover pleite

Hannover, 2. Febr. (Gla. Ber.) Die KPD. in Hannover ist pleite. Sie hat ihr Parteihaus schließen und den Bankrott erklären müssen.

Amerika verlängert 25-Millionen-Dollar-Kredit

W.B. New York, 3. Febr. Die Federal Reserve Bank of New York gab heute die Verlängerung des 25-Millionen-Dollar-Kredites an dem 100-Millionen-Dollar-Kreditkontokorrent für die Reichsbank bekannt.

Präsident Grund zum Mitglied des Verwaltungsrats der Reichsbahn ernannt

W.B. Berlin, 3. Febr. Wie wir vom Reichsverkehrsministerium erfahren, ist der Präsident des Städtebundes zum Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsbahn ernannt worden.

Freistaat Baden Nazi-Kasse Fehrmann gesteht

Die „teutsche“ Leuchte des Mannheimer Bürgerausschusses Die Mitteilungen der Mannheimer Volksstimme und der Neuen Mannheimer Zeitung über die russische Herkunft des nationalsozialistischen „teutschen“ Leuchte des Mannheimer Bürgerausschusses, Herrn Fehrmann, finden nunmehr ihre Bestätigung durch einen Artikel Fehrmanns in der Neuen Mannheimer Zeitung — warum nicht im Saftenkreuzbanner? — zu dem unter Mannheimer Parteiblatt folgende Feststellungen macht:

Behauptungen bestätigt. Zwar verfußt Herr Fehrmann, der auch von anderen Zeitungen als der intellektuelle Urheber der Schlägerei im Bürgerausschuß bezeichnet worden ist, zu beweisen, daß er aus einer rein deutschen Familie stammt, doch das verbleibende dem Fall ja nur noch, er hätte nur gewohnenemahnen für Rußland gekämpft.

„Hat Adolf Hitler einen französischen Leutnant? Ist es wahr, daß der Chef der deutschen Nationalisten Adolf Hitler in seinem Generalkab einen Franzosen hat? Es handelt sich um einen Herrn Louis, der 1893 in Marseille geboren ist, zunächst Notariatsgehilfe war, dann während des Krieges in den Reihen der französischen Armee diente und schon 1930 im Braunes Haus, dem Hauptquartier der Nazis, in München arbeitete.“

Widersprüche

Die Vertagung der Lausanner Konferenz hat gezeigt, wie schwierig das Problem der Reparationsfragen und der Kriegsschuldenerleichterung zu behandeln ist. Das Problem besteht vor allem darin, daß die ganze Welt zwar einmüht, daß Deutschland in der Wirtschaftskrise keine Reparationszahlungen kann, daß jedoch in der übrigen Welt Unklarheit darüber besteht, wie weit man heute schon Verzichtleistungen über die Zeit der Wirtschaftskrise hinaus eingehen kann.

Angedächts dieser Problematik ist es interessant, zu beobachten, wie sich die Badische Presse in ihrem Dilemma zwischen klarer Erkenntnis der Weltsituation und den Konzeptionen an die deutschen nationalsozialistischen Kreise aus der Postille hilft. In ihrer Nummer 48 vom 29. Januar läßt sie den ehemaligen wirtschaftsparteilichen Reichsminister a. D. Dr. Frenck, einen außenpolitisch oft sehr vernünftigen denkenden Politiker, unter dem Titel „Nerven behalten“ sich wie folgt äußern:

„Wenn Deutschland die Erfüllung abgäbe, es erkenne den Danksplan nicht mehr an — im Plane selbst wird der Fall einer „Zerlegung des Planes“ vorgelesen — dann würde es sich widerrechtlich ins Unrecht setzen, denn daß der Plan rein formal noch in Geltung ist, kann nicht bestritten werden.“

Zwei Tage später muß dann die Badische Presse ihren nationalsozialistischen Lesern wieder eine Konzeption machen, und sie schreibt in ihrer Nummer 51 vom 31. Januar in einem eigenen Redaktionsartikel „Im Vorzimmer der Politik“ u. a. wie folgt:

„Die Meinung der Welt nähert sich immer mehr der Einsicht, daß die Zeit für die Reparationspläne und Schuldenerleichterung schon überreif ist.“ Wenn auch wir der Meinung sind, daß die Zeit für die Reparationslösung und Schuldenerleichterung noch überreif ist, so sind wir uns doch klar darüber, daß dies nicht durch die nationalsozialistischen Jahrmärzprogramme geschehen kann, sondern durch eine klare und vernünftige Verständigungspolitik, welche unter Berücksichtigung der vorhandenen Schwierigkeiten einen Weg zu bahnen sucht.

Folgen die Preise der Lohnkürzung?

Wo bleibt die Kaufkrafthebung?

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Januar 1932 auf 124,5 gegenüber 130,4 im Dezember v. J. Der Rückgang beträgt somit 4,5 Prozent.

Ohne Zweifel entspricht diese Senkung nicht dem vorangetriebenen Lohnabbau. Die Preisentwertung hat mit der Lohnsenkung nicht Schritt gehalten.

Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 3,2 n. S. auf 116,1 für Wohnung um 7,7 n. S. auf 121,5 für Heizung und Beleuchtung um 5,5 n. S. auf 140,4 für Bekleidung um 4,0 n. S. auf 123,9 für „Sonstigen Bedarf“ um 5,2 n. S. auf 171,1.

Die ganze Bewegung wird deutlicher, wenn man die einzelnen Indexreihen von Januar 1932 mit dem Stand der Reihen vom vorigen Jahr vergleicht. Es gibt sich dann folgendes:

	Januar 1931	Januar 1932
Gesamter Index (1913/14 = 100)	140,4	124,5
Ernährung	133,5	116,1
Wohnung	131,8	121,5
Heizung und Beleuchtung	150,4	140,4
Bekleidung	146,4	123,9
Sonstiger Bedarf	187,3	171,1

Die erste Ermäßigung des Index beruht in erster Linie auf dem Rückgang der Ernährungsindex. Der Ernährungsindex liegt auf 116,1 am tiefsten. Hier macht sich wohlwollend der Mangel des Kartellunfalls bemerkbar, der in anderen Gebieten mehr akutt als auf den Märkten für Lebensmittel. Auch die Preispolitik der „Sonstigen Bedarfs“, wozu sicherlich die unfestale Preispolitik der Verlehrsgeellschaften beiträgt. Auch der Wohnungsindex ist nicht entzerrt durch den Lohnabbau gelungen. Man muß angesichts der Entwicklung des Index im Monat Januar 1932, die sicherlich hinter den Erwartungen zurückbleibt, betonen, daß die vorgenommene Preisentwertung ungenügend ist. Da die Preise stärker gesunken sind, haben sich auf dem Gebiet der Miete unbilligere Zustände entwickelt. Der Anteil der Mieten am Einkommen hat sich nach der Notverordnung vom 8. Dezember weiter verschlechtert, beträgt in vielen Fällen 1/3 bis 1/2 des Einkommens. Was wohl zur Genüge beweist, daß eine mehr betriebsdienliche Mietentlastung, die anlässlich der in einem Ausmaß von 10 bis 15 Prozent versprochen worden ist, nicht nachgeholt werden muß.

Der Zweck der Lohnkürzungen sollte die Milderung der Arbeitslosigkeit sein und eine Senkung der Lebensmittelpreise sollte die Lohn- und Gehaltskürzung erträglich machen. Es kommt ja nicht auf den Nominallohn an, sondern auf den Reallohn. Allein die Preise gingen nicht zurück und die Arbeitslosenziffern gingen weiter in die Höhe.

Zunächst ist, daß nach dem Reichsindex die Lebenshaltungskosten anfangs um 10 Prozent nur um 4,5 Prozent zurückgegangen sind. Dabei wäre auch zu dem Lebenshaltungskostenindex noch nichts zu sagen. Die Steuerbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger nicht berücksichtigt. Der Unterschied zwischen den Lohnkürzungen und den Preisentwertungen liegt freilich zum Teil im Unternehmertum. Hat doch das Drogen der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände erst kürzlich beteuert, die deutsche Lohnpolitik werde sich von der engen Verkopplung mit den Preisentwertungsmaßnahmen, in der sie heute noch befangen ist, freisprechen lassen.

Das Unternehmertum spielt auf die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger. Die so wegerwerbende Einzelkaufkraft des Lohnes bedeutet aber in jedem einzelnen Falle die Existenz des Arbeiters und seiner Familie. In den Lohnkürzungen kommt heute das Lohnentkommen der Arbeiter weniger denn je zum richtigen Ausdruck. Die Kurzarbeit drückt das Lohnentkommen auf das äußerste herab, in vielen Fällen bis an die Grenze der Arbeitslosenunterstützung, teils- und teilweise sogar noch darunter. Zunächst haben wir es hier nicht mit dem Unternehmertum zu tun, sondern mit der Regierung, die ihre Macht zu den Lohnkürzungen gebraucht hat unter der Zusage einer entsprechenden Senkung der Lebensmittelpreise. Die Preisentwertung ist um mehr als die Hälfte hinter der Lohnkürzung zurückgeblieben. Die Regierung muß unbedingt dafür sorgen, daß die Preisentwertung um 10 Prozent alsbald erfolgt. Die Arbeiterschaft hat auf ihre Zukunftsvertrauen vertraut und nun ist es an der Regierung, diese Zusage einzulösen. Gelangt ihr das nicht, dann muß sie die Lohnkürzungen mindestens soweit lockern, daß der Ausgleich zwischen Löhnen und Preisen von der Lohnseite her erfolgen kann.

Fernsprechteilnehmer fordern Gebührensenkung

Berlin, 3. Febr. Angesichts der inmitten der allgemeinen Preisabwärtung unverändert im alten Ausmaß fortbestehenden Fernsprechtsgebühren wendet sich der Reichsverband der Fernsprechteilnehmer e. V. mit einer Eingabe an die zuständigen Stellen, in der eine möglichst baldige Herabsetzung der Grundgebühren um 50 Prozent oder aber Anrechnung der Grundgebühren auf die Gesprächskosten, ferner Rabatte für Dauersprecher, Ermäßigung der Gebühren für Fernsprechkabine um 5 bis 10 Pfg., in der Kabine bis zu 100 Kilometer und die Möglichkeit der vorübergehenden Anmeldungen des Anschlusses bis zu sechs Monaten (ohne daß für diese Zeit eine Gebühr zu bezahlen ist) gefordert werden. Die Eingabe des Reichsverbandes der Fernsprechteilnehmer ist von etwa 100 Verbänden mit schätzungsweise insgesamt einer Million Mitgliedern unterzeichnet.

Die Gewerkschaftsbewegung in Japan und China

Beachtliche Feststellungen Edo Jimmuns

Anlässlich des gegenwärtigen Konflikts zwischen China und Japan dürfen nachfolgende Feststellungen des Sekretärs der Transportarbeiterinternationalen, Edo Jimmun, der bekanntlich als einer der radikalsten Vertreter in der Gewerkschaftsinternationalen gilt, besondere Beachtung beanspruchen. Edo Jimmun ist soeben von seiner im Auftrag des Stockholmer Internationalen Transportarbeiterkongresses unternommenen Reise nach dem Fernen Osten nach Amherdam zurückgekehrt. Seine Mitteilungen über den Zweck und das Ergebnis der Reise sind von großem Interesse. Die Transportarbeiterinternationalen hat schon seit längerer Zeit mit Japaner Verbindung. Verschiedene japanische Arbeiterverbände

Wo bleibt die Arbeitsbeschaffung?

Scharfer Vorstoß der Partei und Gewerkschaften

Berlin, 3. Febr. (Eig. Draht.) Am Mittwoch fand im Reichstag eine Besprechung zwischen dem Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afabundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes statt, in der die verschiedenen Pläne für umfangreiche Arbeitsbeschaffung ausgiebig erörtert wurden. Die Aussprache wurde nicht beendet; sie soll fortgesetzt werden. Uebereinstimmung bestand unter den verschiedenen Körperschaften darüber, daß alle Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung gefördert, ebenso entschieden aber etwaige inflationistische Gefahren bekämpft werden müßten.

Wie stehts mit Bürgersteuermilderung für Kurzarbeiter?

Berlin, 3. Febr. (Eig. Draht.) Im Verlaufe der Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister und Vertretern der Sozialdemokratie, des Zentrums und der gewerkschaftlichen Spitzenverbände über die Milderung der Bürgersteuer für Kurzarbeiter wird bekannt, daß sich der Reichsrat bereits in der nächsten Woche mit der erforderlichen Verordnung der Durchführungsbefugnisse befassen wird. Dabei dürfte es möglich sein, die neuen Bestimmungen bereits bei dem nächsten Abwärtstermin der Bürgersteuer zur Anwendung zu bringen. Die nächste Bürgersteuerrate wird bei Lohn- und Gehaltsminderungen von den Lohnabzählungen einbehalten, die auf den 10. Februar folgen.

W.B. teilt mit: Personen, die 1930 einkommensteuerfrei waren, haben nach der bestehenden Rechtslage nur die halbe Bürgersteuer zu entrichten. Diese Vorschrift wirkt sich für die große Zahl der Kurzarbeiter, die im Jahre 1930 noch einen Lohnsteuerfreibetrag übersteigenden Lohn gehabt hatten, und von denen daher jetzt in der Steuerart die volle Bürgersteuer angesetzt werden muß, besonders hart aus. Der Reichsminister der Finanzen hat daher dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung vorgelegt, die nach der Möglichkeit der Lohnsteuerfreibetrag am Fälligkeitstage der Bürgersteuer Lohnsteuer nicht einzuhalten ist, hat der Reichsrat, nur die Hälfte der in der Steuerart angeforderten Bürgersteuerrate einbehalten. Dies gilt natürlich nicht für diejenigen Fälle, in denen bereits wegen Einkommensteuerfreiheit im Jahre 1930 auf der Steuerart nur der halbe Bürgersteuerbetrag angefordert worden ist. Die vorgelegene Er-

leichterung soll, wenn der Reichsrat zustimmt, bereits für die Bürgersteuerrate gelten, die am 10. Februar 1932 fällig wird.

Der Kampf gegen die Fürstenabfindung

Statt Fürstenabfindung mehr Mittel für die Kriegsbeschädigten

Berlin, 3. Febr. (Eig. Draht.) In der Mittwochssitzung des Reichsausschusses wurde die Beratung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes über die Fürstenabfindung fortgesetzt. Die Regierung ließ in Ergänzung ihrer Mitteilungen vom Vortage über die Zahlung der Ränder an die ehemaligen Fürstenhäuser mitteilen, daß Bessen trotz seiner Finanznot ab 1928 insgesamt 20 Jahre lang jährlich 500 000 Mark an das früher bezogliche Haus zahlen müsse, obwohl es inzwischen bereits eine einmalige Summe von einer Million gezahlt habe.

Abg. Marum (Soz.)

Weste im Verlauf der Debatte zu dem sozialdemokratischen Antrag einen Zulagenantrag, nach dem die durch die Neuregelung der Renten für die Fürsten

freiwerdenden Mittel für eine bessere Versorgung der Kriegsbeschädigten benutzt werden sollen. Marum wandte sich außerdem gegen die dem Geist der Verfassung durchaus widersprechende Ausweitung des Entgeltungsbezirks, wie sie durch das Reichsgericht wiederholt erfolgt ist.

Der Ausschuss verbatte dann die Beratungen auf Freitag, den 12. Februar. Bis dahin soll die Reichsregierung eine Stellungnahme der Länderregierungen zu der Frage einer Ermächtigung im Sinne des sozialdemokratischen Antrags herbeiführen.

Kopp-Puschist Ehrhardt bekommt Pension

Als Seitenstück zur gegenwärtigen Fürstenabfindungsdebatte verdient folgende heute vom Reichsausschuss verabschiedete, kaum möglich klingende Nachricht, Beachtung zu werden: Der Reichsminister der Finanzen hat dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung vorgelegt, die nach der Möglichkeit der Lohnsteuerfreibetrag am Fälligkeitstage der Bürgersteuer Lohnsteuer nicht einzuhalten ist, hat der Reichsrat, nur die Hälfte der in der Steuerart angeforderten Bürgersteuerrate einbehalten. Dies gilt natürlich nicht für diejenigen Fälle, in denen bereits wegen Einkommensteuerfreiheit im Jahre 1930 auf der Steuerart nur der halbe Bürgersteuerbetrag angefordert worden ist. Die vorgelegene Er-

Aufforderung und Antwort

„Wer arbeitslos ist, soll die Hand erheben“

Die Eisene Front hatte zum vergangenen Sonntag nachmittag nach der Riesenhalle des Berliner Sportpalastes zu einer Kundgebung aufgerufen, die sich eines ganz gewaltigen Besuchs erfreute. Die Halle, die 15 000 Personen faßt, reichte bei weitem nicht aus, die Zahl derer zu fassen, die zur Kundgebung erschienen waren. Auch die bürgerliche Berliner Presse mußte die Macht und Größe dieser Kundgebung zugeben. Während der zweistündigen Dauer gab es ein Erlebnis, das auf alle Versammelten den denkbar tiefsten Eindruck machte. Wir zitieren darüber das Berliner Tageblatt:

„Eine Aufforderung und eine Antwort, leidenschaftlich, eindringlich die eine, stumm, anklagend die andere, beide unvorhergesehen und überraschend, kurze Szenen im zweiaktigen Schauspiel der Massenversammlung im Sportpalast, improvisierte Epilode außerordentliches am Fälligkeitstage der Bürgersteuer Lohnsteuer nicht einzuhalten ist, hat der Reichsrat, nur die Hälfte der in der Steuerart angeforderten Bürgersteuerrate einbehalten. Dies gilt natürlich nicht für diejenigen Fälle, in denen bereits wegen Einkommensteuerfreiheit im Jahre 1930 auf der Steuerart nur der halbe Bürgersteuerbetrag angefordert worden ist. Die vorgelegene Er-

schaffen, Hände von Metallgliedern großer Organisationen, viele hunderte Hände, die ohne Arbeit sind, nicht erst seit Wochen, schon seit Monaten und Jahren, dennoch entschlossen, der Sache der Republikaner zu dienen.

Es war ein eindringlicher Augenblick. Jedermann auf den Tribünen war ergriffen. Eine minutenlange Erregung, leise, aber allen fühlbar, ging durch den Kleinenraum, ein gemeinames Gefühl beherrschte alle, ein starkes, tiefes Gefühl der Verbundenheit.

Es war ein auffallend ruhiger Augenblick. Der Redner Karl Härtelmann erreichte mit seiner Aufforderung, auf die er sich vielleicht gar nicht vorbereitet, zu der er sich vielleicht erst unter dem Eindruck der Massen entschlossen hatte, erheblich mehr als alle anderen Männer auf der Rednertribüne. Er verband mit einem einzigen Satz die Menschen im Saal und in den Rängen zu einer großen Gemeinschaft, zu einer gemeinsamen Front, nicht mit einer schwunghaften Wendung aus dem Wörterbuch der Verammlungsredner, nicht mit einer launelüftigen Phrase, sondern mit einer ganz einfachen, eindeutigen Aufforderung, mit einer Wendung, die alle im Innersten traf.

„Wer arbeitslos ist, soll die Hand erheben! Aber ungeachtet aller Not und aller Schwere des gegenwärtigen Daseins können die Tausende und aber Tausende Berliner Proletarier, um das Gelübnis abzulegen, gegen den Faschismus und gegen die soziale Reaktion einen entscheidenden Kampf zu führen. Die Not peinigt diese Proletarier, aber sie lassen sich nicht unterkriegen, sie kämpfen, weil sie wissen, daß wenn die Arbeiterschaft jetzt nicht zur entschlossenen und erfolgreichen Abwehr sich aufrafft, sie auf Jahrzehnte hinaus politisch und wirtschaftlich verflaut wird.“

„Wer arbeitslos ist, soll die Hand erheben! Der Reichsbannerführer Karl Härtelmann rief diesen Satz von der Rednertribüne, sehnlich verstärkt vom Lautsprecher drang er in die letzten Winkel des Saales, in jedes Ohr. Viele tausend Gesichter wechselten die Richtung, viele tausend Augen wanderten zum Redner hinunter in den Saal, hinunter zu den Hammerhaken.“

Die Antwort? Fast jeder zweite Mann der Hammerhaken hob die Hand. Viele hunderte Hände ragten empor. Hände von Leuten in verworbenen Windeln, im bunten Sportbes, im schlichten Strabanzanzug, Hände von Leuten des Reichsbanners, der Sportverbände, der Gewerkschaften, Hände von Metallgliedern großer Organisationen, viele hunderte Hände, die ohne Arbeit sind, nicht erst seit Wochen, schon seit Monaten und Jahren, dennoch entschlossen, der Sache der Republikaner zu dienen.

„Wer arbeitslos ist, soll die Hand erheben! Der Reichsbannerführer Karl Härtelmann rief diesen Satz von der Rednertribüne, sehnlich verstärkt vom Lautsprecher drang er in die letzten Winkel des Saales, in jedes Ohr. Viele tausend Gesichter wechselten die Richtung, viele tausend Augen wanderten zum Redner hinunter in den Saal, hinunter zu den Hammerhaken.“

Die Antwort? Fast jeder zweite Mann der Hammerhaken hob die Hand. Viele hunderte Hände ragten empor. Hände von Leuten in verworbenen Windeln, im bunten Sportbes, im schlichten Strabanzanzug, Hände von Leuten des Reichsbanners, der Sportverbände, der Gewerkschaften, Hände von Metallgliedern großer Organisationen, viele hunderte Hände, die ohne Arbeit sind, nicht erst seit Wochen, schon seit Monaten und Jahren, dennoch entschlossen, der Sache der Republikaner zu dienen.

Der japanisch-chinesische Konflikt

China nimmt die Friedensvorschläge an

Schanghai, 3. Febr. (Havas.) Der chinesische Außenminister teilte mit, daß China die englische und die amerikanische Note dahin beantwortet habe, daß es die ihm unterbreiteten Vorschläge zur Aufrechterhaltung des Friedens in Schanghai annehme.

Japan macht Vorbehalte

Genf, 3. Febr. Von japanischer Seite verlautet, daß Japan die Intervention der Mächte, soweit sie Schanghai betrifft, annimmt. Die Japaner verlangen aber, daß die Mandatschret von dieser Intervention ausdrücklich ausgeschlossen bleibt.

Weitere Kämpfe um Schanghai

London, 3. Febr. In und um Schanghai wird weiter gekämpft. In der Stadt selbst halten sich die Chinesen erfolgreich.

Vor der Befreiung Charkins?

Tokio, 3. Febr. Die japanischen Streitkräfte sind heute abend bis in die unmittelbare Nähe von Charkin vorgegedrungen. Der Einmarsch soll jedoch morgen erfolgen.

Aus aller Welt

U-Boot „M 2“ gefunden

W.B. London, 3. Febr. Die Admiralität teilt mit, daß die Sage des Unterseebootes „M 2“ etwa fünf Meilen von Bill of Portland festgesetzt worden sei.

Im Reichstinn erschossen

C.W. Birmajens, 3. Febr. Am Montag vormittag wurde der am Wasserurm wohnhafte 18jährige Fabrikarbeiter Alfred Arleth von einem Freunde, dem gleichaltrigen Fabrikarbeiter Heinrich Hauener, im Bett erschossen. Hauener und ein weiterer Freund beschleunigten Arleth, und bei dieser Gelegenheit spielte Hauener mit einem Trommelrevolver, den Arleth in seinem Zimmer versteckt hielt. Dabei löste sich ein Schuß, der Arleth tödlich verletzte. Hauener wurde ins Gefängnis eingeliefert.

Schlacht nach einem Fußballspiel

C.W. Dies, 3. Febr. Nach einem Fußballspiel zwischen Freizeidies und Habamar entstand zwischen den Anhängern beider Parteien eine wilde Schlacht. Mit Faustschlägen und Stößen verprügelte man sich gegenseitig. Ein Arzt hatte alle Hände voll zu tun, um die zum Teil erheblichen Kopfverletzungen zu behandeln. Mehrere Teilnehmer blieben besinnungslos liegen. Der „Sport“ wird nun sein gerichtliches Nachspiel haben.

Die Urteile wegen der Tumulte an der Berliner Universität

C.W. Berlin, 4. Febr. Der Akademische Senat hat auf Grund der Ergebnisse der Untersuchungen über die Unruhen in der Universität am 21. und 22. Januar nach dreizehnstündiger Sitzung am Mittwoch beschlossen, drei Studenten, von denen zwei Mitglieder des Nationalsozialistischen Studentenbundes sind, von der Universität zu verweisen und einen nationalsozialistischen Studenten mit der Androhung der Entfernung zu bestrafen. Außerdem ist ein Student, der der Sozialistischen Studentenschaft angehört, wegen Körperverletzung eines anderen Studenten außerhalb der Universität verwiesen worden. Einer Reihe von anderen Beschuldigten konnte eine Beteiligung an den Schlägereien nicht nachgewiesen werden, da die Zeugenaussagen sich vielfach widersprachen.

Erdbeben in Kuba

New York, 3. Febr. Die Associated Press aus Havanna meldet, daß die Stadt Santiago durch ein Erdbeben teilweise zerstört worden. Wie weiter gemeldet wird, sind bei dem Erdbeben in Santiago de Cuba 500 Häuser zerstört worden. Große Teile der Stadt sind in völlige Dunkel gehüllt. Unter der Bevölkerung herrscht Panik. Aus den Trümmern der eingestürzten Häuser, die die Straßen bedecken, ertönen Schreie und Klagen. Im unteren Stockwerk eines Gebäudes fand man die Leichen von 14 Personen, die beim Einsturz des Hauses erschlagen wurden.

New York, 3. Febr. Nach Privatmeldungen aus Santiago de Cuba dürfte das Erdbeben bei weitem nicht so hohe Verluste an Menschenleben zur Folge gehabt haben, wie die bisherigen Meldungen vermuten ließen. In diesen Privatmeldungen wird die Zahl der Toten schätzungsweise mit 10, die der Verletzten mit etwa 70 angegeben.

Kleine bad. Chronik

Familienditt

Worheim, 3. Febr. Die Polizei wurde am Dienstag abend nach der Grenzstraße gerufen, wo ein 54jähriger Hilfsarbeiter seine Frau in den Arm gestochen und seinem 18jährigen Sohn zwei Stiche in den Arm und einen in die Nähe des Schlüsselbeins versetzt hatte. Der Täter war angetrunken nach Hause gekommen und hatte zu schreien angefangen. Als er zur Ruhe ermahnt wurde, stach er mit einem abgebrochenen Taschenmesser um sich. Die Verletzungen sind nicht lebensgefährlich. Der Täter wurde verhaftet.

Eine Schwarzbrennerei entdeckt

Baden-Baden, 3. Febr. Die Zollbehörde ist einer Schwarzbrennerei auf die Spur gekommen. Der frühere Gastwirt und jetzige Inhaber eines kleinen Kolonialwarengeschäfts in der oberen Fremersberger Straße, Anton Freisch, hatte in einem Hobbyraum bei der Kellerterrasse eine geheime Schwarzbrennerei eingerichtet. Er arbeitete mit zwei weiteren Personen zusammen, von denen der eine in Sinsheim anfassliche Teilhaber als Zuckerlieferant und Abnehmer in Frage kommt. Die drei Leute wurden vorübergehend festgenommen. Ihre Haftentlassung erfolgte, nachdem sie die Verfehlungen zugegeben hatten.

Heberfall im Uhrenladen

Mannheim, 3. Febr. Dienstag gegen 11 Uhr hat sich ein 19 Jahre alter Schreiner aus Rheinau, der erst am Tage vorher aus

Französischer Sozialistenkongress

Die Taktik bei den französischen Kammerwahlen

Paris, 1. Febr. (Eig. Ber.) In Paris tagte der außerordentliche Kongress der Sozialistischen Partei zur Festlegung der Taktik für die Kammerwahlen. Der Führer der Kammerfraktion

Léon Blum

erstattete in einer meisterhaften und oft von Beifall unterbrochenen Rede Bericht.

Blum erklärte, daß der Ausschuss als Wahlplattform die wichtigsten Punkte des Wahlprogramms empfehle, das für die Kammerwahlen im Jahre 1928 ausgearbeitet worden sei.

Die furchtbare Krise, unter der die ganze Welt leide, sei ein alarmierender Beweis für die Richtigkeit der sozialistischen Doktrin und für das gänzliche Scheitern des Kapitalismus.

Die Krise sei trotz der größten Anstrengung ausgebrochen, die der Kapitalismus zu seiner Rettung unternommen habe. Eine Gesellschaft, die nicht imstande sei, ihren Mitglidern Arbeit und Brot zu verschaffen, werde ihr eigenes Todesurteil aussprechen. (Langanhaltender Beifall.)

Blum kommentierte dann die verschiedenen Punkte der Wahlplattform: Die sozialistische Partei vertrete den Standpunkt, daß die Sicherheit durch Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung erreicht werden müsse. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß das

Schicksal der Abrüstungskonferenz von dem Ausgang der französischen Wahlen abhängt.

Die furchtbare Waffe des modernen Krieges, das Militärflzeug, müsse abgeschafft werden und die Handelsluftschiffahrt unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt werden. Die Einführung der Verhältniswahl und des Frauenstimmrechts sei notwendig, aber bei der Wahlkampagne dürfe das Verhältniswahlrecht nicht als ein Gegenüber gegen die zur Zeit der Kammer vorliegende Wahlreform hingestellt werden, sondern als etwas, das die Partei um dieser selbst willen verlange. (Stürmischer Beifall.)

Die Debatte

über den von Blum gegebenen Bericht. Zatonki betonte mit besonderer Schärfe die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Krieg.

dem Gefängnis entlassen wurde, in der Schwelinger Straße in einen Uhren- und Goldwarenladen begehen, um den Kauf einer Armbanduhr vorzutäuschen. Nachdem er sich eine solche Uhr und zwei Armbänder ausgeliebt hatte, verließ er plötzlich dem Geschäftsinhaber einen kräftigen Stoß auf die Magengegend und ging mit einer Beute auf seinem vor dem Hause aufgestellten Fahrrad flüchtig. Der junge Mann wurde verfolgt und schließlich in der Friedrichselder Straße angehalten und festgenommen.

Nazi-Spindel

Wie in weiteren 10 Amtsbezirken fand auch am Sonntag in Bretten eine Bezirksversammlung der SPD statt. Als Tageslokal wurde der Badische Hof gewählt. Es war uns bekannt geworden, daß die Nazis unter allen Umständen davon Kenntnis erhalten wollten, was in unserer Versammlung besprochen und beschlossen wurde. Um unliebsamen Überraschungen vorzubeugen, hatte sich die Versammlungsleitung Schlüssel vom Speicher- und sonstigen Räumen, die mit dem Versammlungslokal in Zusammenhang standen, vom Wirt verholten lassen. Vor Beginn der Konferenz wurde von einer Abteilung des Reichsbanners sämtliche Räume des Hauses einer genauen Durchsichtigung unterzogen. Nichts Verdächtiges wurde bemerkt. Sämtliche Ein- und Zugänge zum Wirtschaftsgebäude, das sehr umfänglich ist, wurden unter scharfer Bewachung genommen. Kurz nach Beginn der Konferenz wurde bemerkt, daß sich drei Nazi über ein Dach hinweg wie Verbrecher durch ein Dachfenster in den Speicher der über dem Versammlungsraum lag, eindringen. Zunächst wurden sie beobachtet und festgehalten, daß der Kaufmann Wolff, bei der Fa. W. Schmidt, Rühlerrfabrik, als Angehelliger beischäftigt ist, durch einen Luftschacht die Rede des Genossen Kimmelman nachstenographierte. Der Kaufmann Emil Kolb, der schon wiederholt vorbestraft ist, bildete den Verbindungsmann zwischen dem Hege aus Gölshausen, der am Dachfenster Platz genommen hatte, um im Falle der Gefahr sofort mit den Stenogrammbüchern über die Dächer Rheins zu nehmen.

Von der Tür zum Speicher bis zum Luftschacht, an dem die Beipbeluna vorgenommen werden sollte, waren es etwa 30 Meter. Diesen Vorprung wollten die beiden Wolff und Kolb, bemühen, um sich auf dem unübersehbaren Speicher zu verbergen. Hege kloß über das Dach in das Haus des Landwirts Fris Arnold, wo der Kolb ebenfalls was. Kolb und Wolff wurden erwischt und ihnen

Der Bürgermeister von Reubair, Lebas, legt bei der Wahlkampagne vor allem auf die Verteidigung der sozialistischen Ideen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Wert.

Paris, 2. Febr. (Eig. Bericht.)

Der außerordentliche Kongress der sozialistischen Partei hat nach zweitägiger Beratung einstimmig die von Léon Blum dargestellte Wahlplattform und fast einstimmig eine

Entscheidung

über die Wahltaktik angenommen, in der es heißt: Die sozialistische Partei muß in allen Wahlen den Kampf geben. Die Parteiverbände, die aus rein materiellen Gründen außerstande sein sollten, dies zu tun, müssen darüber den ständigen Verwaltungsausschuss unterrichten, um mit ihm Mittel zu suchen, die die Durchführung des von der Partei bestätigten Prinzips sicherzustellen. Die Benachrichtigung muß rechtzeitig, spätestens drei Tage nach der offiziellen Bekanntgabe des Wahlprogramms erfolgen. Der Kongress vertraut den Parteiverbänden, daß sie

in der Stichwahl gegebenenfalls den sozialistischen Kandidaten zugunsten jenes Kandidaten zurückziehen, der die größte Aussicht hat, die Reaktion zu schlagen.

Die Wahltaktik gilt nur für den Fall, daß das Mehrheitswahlrecht in Kraft bleibt. Sollte das Parlament die Wandellose Wahlreform billigen, so wird der dazu ermächtigte Landesauschuss der Partei einberufen, um im Interesse des Sozialismus und der Arbeiterklasse eine neue Wahltaktik festzulegen.

Schließlich wurde eine von W. A. Moutet eingebrachte

Protesterklärung gegen den sinojapanischen Krieg angenommen.

die die Arbeiterklasse in allen Ländern auffordert, von ihren Regierungen zu verlangen, daß sie energisch für die Regelung des Konflikts durch ein Schiedsgericht eintreten und im Notfall die im Völkerbundsstatut vorgesehenen Sanktionen angewendet werden, damit China und Japan nicht den Völkerbundsstatut, das Washingtoner Abkommen von 1923, den Kellogg-Pakt und das allgemeine Schiedsgerichtsabkommen als Papierfetzen behandeln.

für ihren Einbruch, der gleichzeitig eine Störung der Versammlung der SPD darstellt, der verdiente Dank auszusprechen. Sie horten ein jämmerliches Bild der Angst und der Peinlichkeit. Mit großer Würde gelang es, die ertreten Gemüter unserer Genossen zu beruhigen, um die Konferenz fortzusetzen.

Man hatte die Absicht, die beiden Felder sofort der Gendarmerie zu übergeben. Auf telephonischen Anruf erhielt man dort die Antwort, daß man es nicht so eilig habe. Von privater Seite, die auf andere Weise vom Vorfall Kenntnis erhielt, wurde ebenfalls die Gendarmerie angerufen, die Antwort, die von dort aneben wurde, wird ein anderes Mal zu besprechen sein. Festgestellt soll werden, daß nach 22 Minuten ein Gendarm erschien. Die beiden Einbrecher wurden später von der Versammlungsleitung freigelassen. Ein Genosse hatte wohl recht, wenn er glaubte es seien Schwere Verbrecher. Der Genosse war von auswärtig. Jedemfalls werden die Verurteilten nicht mehr versuchen, eine sozialdemokratische Versammlung zu besetzen.

Den Genossen rufen wir aber zu: Organisiert euch zur Selbsthilfe im Kampf gegen den Faschismus, dem die verbrecherlichsten Mittel auf genug sind, um den politischen Genossen zu bekämpfen. Selbsthilfe muß die Lösung der Arbeiterfrage in den nächsten Wochen sein. Hinein in die Eiserne Front!

Ettlingen. „Eine Nacht in der Alhambra“ lautet das Motto zu dem von Arbeiterjugendvereine „Eintracht“ am Samstag, 6. Februar, abends 8 Uhr, in der städtischen Festhalle zu veranstaltenden Maskenball. Der Arbeitermaskenball der „Eintracht“ war in jedem Jahr noch der Hauptausgangspunkt nicht nur für die Mitglieder des Vereins und die Ettlinger Bevölkerung. In großen Scharen kamen die Freunde und Freundinnen eines gesunden Humors aus der engeren und weiteren Umgebung in jedem Jahre zu diesem Faschnachtsereignis in die Ettlinger Festhalle gesammelt. Auch in diesem Jahre wieder ist zu erwarten, daß der Besuch bei den „Eintrachtlern“ ein großer wird. Der Eintrittspreis ist sehr mäßig gehalten und hat der Vorverkauf der Eintrittskarten bereits begonnen. Alles Nähere ist aus dem Inserat in heutiger Nummer zu ersehen.

Ettlinger Anzeigen

Stammholz-Verfeigerung

Die Stadtgemeinde Ettlingen verfeigert am Montag, den 8. Februar in Ditt. V. Hartmann Abtg. 1, 2, 3, 12 und 14: 6 Eichen I. Kl. = 13,62 fm, 3 Eichen II. Kl. = 4,19 fm, 8 Eichen III. Kl. = 8,96 fm, 10 Eichen IV. Kl. = 6,45 fm, 2 Buchen II. Kl. = 2,68 fm, 1 Eiche V. Kl. = 6,40 fm, 1 Eiche V. Kl. = 9,37 fm, in Abtg. V. 4 = 29 Forsten Ab. I.-IV. Kl. = 24,96 fm und Abtg. 9 und 10 = 8 Fichten III.-V. Kl. = 3,92 fm.

Ankommenszeit vormittags 9 Uhr am Waldingang bei den früheren Schießständen. Auszüge auf Bestellung durch die Waldmeister. Fortwärt Ratshmann zeigt auf Verlangen die Lose vor.

Ettlingen, den 3. Februar 1932.
Der Bürgermeister.

Arbeiter-Gesangverein Eintracht Ettlingen

Samstag, 6. Febr., abends 8 Uhr (Saalöffnung 7 Uhr) in der Stadt. Festhalle:

Maskenball

Motto: Ein Abend in der Alhambra.

Eintrittspreis 1 Mk., einschließl. Steuer.

Vorverkauf: Freizeugschäft Emil Jäger, Badenertorstraße, Gasthaus zur Krone und Darmstädter Hof.

Druckarbeiten aller Art liefert schnell die Verlagshandlung

Besonders billige Lebensmittel

Kass. Rippenspeer Pfund 1.10	Salzheringe 10 Stück 40	Gewürzgerken 1 Pfd.-Dose 36	Hasen mit Fell Pfund 70
Dürrfleisch ohne Ripp. Pfund 90	Süßbücklinge Pfund 25	Sonigerken 1/2 Pfund 15	Suppenhühner von 85 an
Gek. Vorderschinken 1/4 Pfund 68	Salatöl Liter 55	Rollmops, Hering in Gelee 68	Junge Hahnen von 1.10 an
Krakauer 1/4 Pfund 60	Erdnußöl Liter 85	Bismarckheringe 1 LA.-D. 68	Poullarden Pfund 1.38
Bierwurst Pfund 85	Auslandeler 10 Stück 70	Inland-Trinkeler 10 Stück 90	Warme Würstchen 25
Schweineohren 1 Gelee Pfd. 40	Ausland-Trinkeler 10 Stck. 85	Inland-Frischei 10 Stück 1.00	mit Brötchen Paar 25
Rotwurst 1/4 Pfund 15	Frische Margarine 2 Pfd. 65	Amerik. Fett Pfund 48	Getrocknete Pflaumen Pfund 20
Leberwurst 1/4 Pfund 20	Kokostett in Tafeln 3 Ttl. 85	Deutsches Fett Pfund 60	Mischobst Pfund 45
Malaga Liter 1.25	Eiernudeln, Makkaroni und Stifte Pfund 48	Grieß-Makkaroni und Spaghetti Pfund 38	Maizkaffee Pfund 23
Wermutwein Liter 80	Ab Donnerstag 4 Uhr		Harigrieß Pfund 25
Gleiszeller Liter 55	Warme Knöchle Pfund 75		Prima Stangenkäse Pfund 40
Pfäizer Rotwein Liter 50			

KNOPF

Frischer Spinat Pfund 17	Grüne Heringe 3 Pfund 40
Rosenkohl Pfund 18	Schellfische Pfund 32
Weiß- u. Rothraut Pfund 8	Kablau Pfund 32
Süße Orangen Pfund 15	Fischillet Pfund 40

Partei-Nachrichten

Adolf Fütterer †

Forchheim. Am Samstag fand unter reger Anteilnahme der hiesigen Einwohnerschaft die Beisetzung unseres am 28. Januar im Alter von 52 Jahren verstorbenen Genossen Adolf Fütterer statt. Der von uns Geschiedene, der aus dem unseligen Kriege mit einer schleichenden Krankheit befreit, in den Kreis seiner Familie und auch in die Reihen der Arbeiterbewegung zurückkehrte, wird für alle, die ihn kannten, als leuchtendes Beispiel treuer Anhänglichkeit und Pflichterfüllung fortleben. Schon in frühesten Jugend Jahren bewußt, hat sich der Genosse Fütterer als Mitbegründer der Freien Turnerschaft und des Arbeiterjugendvereins um die Forchheimer Arbeiterbewegung wertvolle Verdienste erworben und Anteil an dem, was sich die Forchheimer Arbeiterklasse seit über drei Jahrzehnten erkämpft und geschaffen hat. Im Kampf um den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse hat der Verstorbene nicht nur dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter über zwei Jahrzehnte treue Dienste geleistet, sondern auch der Sozialdemokratischen Partei, sowie der Parteipresse trotz der langen Jahre seiner vollständigen Erwerbsunfähigkeit bis in den Tod die Treue gehalten. Die Arbeiterbewegung verliert mit dem Gen. Fütterer einen überaus, jederzeit opferbereiten Anhänger, dem sie über das frühe Grab hinaus ein ehrendes Andenken bewahren wird.

Aus dem Gerichtssaal

Die erschwindelte Kohlenladung

Der 52jährige Kohlenhändler Sch. aus Bruchsal stand vor dem Schöffengericht Karlsruhe unter der Anklage der Privaturlundenfälschung und des Betrugs. Der Angeklagte, ein kleiner Geschäftsmann hat auch unter der ungünstigen Konjunktur der Gegenwart zu leiden. Vor Jahren noch hatte er einen auflebenden Kohlenhandel, der so viel einbrachte, daß man damit leben konnte. Durch die zunehmende Arbeitslosigkeit und allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage, ging es bergab, dazu kamen häusliches und geschäftliches Unglück. Er wurde betriebslos, seine Vermögensverhältnisse wurden veräußert. So steht er heute vor dem Richter. Um wieder zu einem kleinen Geldbetrag zu kommen, ließ er sich zu einem kleinen Schwindel hinreißen. Für zwei Badermeister bestellte er auf ihre Rechnung je 1 Wagon Kohlen. Als der erste Wagon eintraf, ging er an die Bahn in Bruchsal und erlangte mittels gefälschtem Benachrichtigungsschein die Kohlen. Zu einem kleinen Teil lieferte er dem Bader davon, den anderen Teil verkaufte er an seine Kundenschaft, um damit wieder ein wenig Geld ins Haus zu bringen. Den zweiten Wagon lieferte er dem anderen Badermeister, nachdem er zuvor wieder mittel gefälschtem Schein sich in den Besitz dieser Kohlen gesetzt hatte. Der Bader hatte ihm nämlich vor einiger Zeit einen größeren Betrag geliehen, und es war ausgemacht, daß der Bader dafür Kohlen erhalten sollte. Nun sollte sich der Angeklagte dafür verantworten. Die liefernde Firma ist um den gesamten Betrag geschädigt worden, da der Bader inswischen auch nichts mehr als sein Eigentum hat. In seiner Entschuldigung führte der Angeklagte an, daß die augenscheinliche Notlage ihn zu diesem Schritt getrieben hat. Bei Würdigung dieses Sachverhaltes verurteilte das Schöffengericht den Angeklagten wegen Urkundenfälschung und Betrug zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten.

fahrlässige Tötung

Vor dem Schöffengericht steht der Bahnwärter Otto Sch. aus Rotenfels im Muratal unter der Anklage durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verursacht zu haben. Am 23. Dezember, vormittags 9.20 Uhr fuhr in Rotenfels ein Zug ein, der in der Richtung von Goggenau kam. In diesem Morgen verbrachte sich der Zug um eine Minute. Der Schrankenwärter war gerade mit dem Puzen und Reinigen seiner Laterne beschäftigt, als ihm auffiel, daß der Zug gar nicht abgefahren hat. Er sah auf seine Uhr, da war es bereits 9.19 Uhr, also mußte der Zug jeden Augenblick kommen. In dem Augenblick, wo er aus seinem Wartehäuschen tritt, saß auch schon der Zug heran. Unglücklicherweise läuft gerade die sehr schwerhörige und auch geistig beschränkte A. M. über den Übergang. Eine Nachbarfrau und der Bahnwart rufen noch: „zurückbleiben“, aber es war schon zu spät. Die Lokomotive hatte die unglückliche Frau erfasst. Sie ein Stück mitgeschleift, so daß sie auf der Stelle tot war.

In einer eingehenden Vernehmung des Angeklagten verurteilte das Gericht auf die Ursachen des Unglücksfalles zu kommen. Die Frau B., die mit an der Laterne arbeitete, M. in den Zug lief, hat zuerst noch gerufen, aber das Unglück war eben, daß jene ja nichts hörte. Ein Reichsbahnrat wurde jedoch als Sachverständiger vernommen. Ob das Abfahrtsignal gegeben wurde, kann nicht festgestellt werden, eine andere Station hat es an jenem Morgen ebenfalls nicht gehört. Nach der Vorchrift müssen die Schranken rechtzeitig geschlossen werden. Der Bahnwärter hatte aber drei Schranken zu schließen, von denen keine geschlossen war. Leicht hätte so noch ein größeres Unglück entstehen können. Der Angeklagte gibt nun in der Hauptverhandlung an, daß seine Uhr nicht richtig gegangen sei. Die Fahrlässigkeit liegt eben darin, daß er erst aus seinem Wartehäuschen kam, als der Zug bereits auf zwei Wagentägen herangekommen ist. Das war natürlich nicht mehr rechtzeitig, um ein Unglück zu verhindern zu können.

Ohne Zweifel liegt ein Mitverschulden durch die Getötete vor, und der Bahnwart ist nicht allein verantwortlich zu machen. Bei der Strafbemessung wurde dann auch berücksichtigt, daß der Angeklagte in seiner ganzen Dienstzeit niemals aus den geringsten Anlässen auf einen Verstoß gegeben hatte, und als sehr pünktlicher und genaue Beamter bekannt ist. Der Staatsanwalt selbst ist der Auffassung, daß sich der Angeklagte seiner erheblichen Fahrlässigkeit schuldig gemacht hat und beantragte eine Geldstrafe als ausreichende Sühne, zumal der Angeklagte ja bereits zwei Tage später wieder seinen Dienst angetreten hat. Schließlich verurteilte das Gericht den Angeklagten Otto Sch. wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe von 80 Mark, nachdem sein Verteidiger auf Freisprechung plädiert hatte. Dazu kommen die nicht unerheblichen Kosten, die er auch bezahlen muß.

Schnipsel-Prozess

Vor der Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe stand der Fabrikant Friedrich Rudolf Hausenkeim aus Neubausen unter der Anklage der Hehlerei. Durch Urteil vom 2. Oktober 1931 vom Amtsgericht Forchheim erhielt er mit zwei anderen Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Die Strafe dünkt ihm zu hoch, so wurde die Sache vor dem Landgericht nun nochmals verhandelt. Der verurteilte A. hatte in einer Fabrik Goldschnipsel gestohlen, die M., der ebenfalls wegen Hehlerei verurteilt wurde, zu dem Angeklagten brachte. Dieser gab dem M. vorzüglich 30 Mark und sagte, er solle den Rest am andern Tag abholen. Das Gericht stellte fest, daß der Angeklagte, obwohl er bestimmt wissen mußte, daß M. das Gold nicht rechtmäßig erworben haben kann, seines Vorteiles wegen das Gold gekauft und in eine Scheide anstatt gebracht hat, um es dort reinigen zu lassen. Zu seiner Verteidigung macht er heute geltend, daß er für das ganze Metall nur 6 Mark erhalten habe. Wenn M. habe er nur deshalb nichts mehr zurückgeliefert, weil er wisse, daß dort ja so wie so nichts zu holen sei. Die Berufungsinstanz konnte sich aber auch nicht von der

Gewerkschaftsbewegung

Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches für die badische Textilindustrie

Berlin, 3. Febr. Das Reichsarbeitsministerium hat den für die badische Textilindustrie am 18. Januar gefällten Schiedspruch, der von den Arbeitgebern abgelehnt, von den Arbeitnehmern aber angenommen worden war, für verbindlich erklärt. Damit ist der Lohnstreit in der badischen Textilindustrie beendet.

Der Lohnarbitr im Gastwirtgewerbe

Die Verhandlungen vor dem Schlichter für Südwestdeutschland um Abschluss eines gemäß der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 neu in Kraft tretenden Landeslohnabkommens haben zu keinem Ergebnis geführt. Der Schlichter für Südwestdeutschland wird erst Mitte Februar dieses Jahres zu einer Entscheidung gelangen können. Bis dahin gilt ein 15prozentiger Abszug der Lohnsätze des Landeslohnabkommens vom 1. Mai 1931. Der Abszug bezieht sich auf alle Lohnpositionen, einschließlich Kost und Wohnung, Mehrarbeitsvergütung, Urlaubsbezahlung usw.

Nichts zu machen, Herr Platner

Eine „Nielsenverammlung“ der Nazisellen — „Betriebszellenmitglieder und Parteigenossen sowie Sympathisierende erscheint in Massen“

So lautete die Ueberschrift einer mit großem Tamtam, unzähligen Einladungen und der Gratisverteilung der 5 Pfennig kostenden Betriebszelle mit einerbenen öffentlichen Betriebszellen-Kundgebung im Gartenhof des Friedrichshofs. Wie beheliden auf einmal der „arrrohe“, nach Ansicht der Mitglieder des Kreisrats nur noch pathologisch zu bewertenden Platner gemordet ist, der davon träumte, in ein paar Wochen als „Berichter“ der badischen Betriebszelle zu gelten. Nach seinen Angaben hat er schon 75 Betriebszellen in Baden, ja, ja, die hat er — in seinem Kopf, aber in Wirklichkeit befinden sich in diesen Zellen keine Arbeiter. Der beste Beweis war die Verammlung selbst. Neben ein paar Renommierarbeiter, die überhaupt nicht arbeiten, und einer kleinen Anzahl Angestellter, waren nur einschüchternde Sittlerinnen erschienen, die sich alle mit dem bekannten Sittlergruß freundlich begrüßten, so daß der Saal gerade noch einigermaßen heizt war. Ein paar Neugierige waren auch dabei, die aber bei den Ausführungen des „Referenten“, eines gewissen Dr. Roth aus Mannheim, sich gelegentlich anheulten und die Frage vorlegten, wem denn ein solches Verbrechen begangen und diesem Herrn den Doktorhut verliehen hat. Ein derart albernes Gedwäch verziert nicht einmal ein NS-Schläger in Gemerkschaftsreisen. Verstrufung der internationalen Hochfinanz, die nur aus Juden bestehe, und von Sozialdemokraten und Kommunisten geküßt würde! Bei diesen Ausführungen mußten wir lächeln und an die Zusammenkunft des „heiligen“ Adolf I. denken, die er mit den Banführern hatte und bei einer Sittlerkammer diese Leute verprügelte, daß im Falle er ans Ruder käme, sie nichts zu befürchten hätten. Und der Zweck? Gelder zu schnorren für sich und seine Sengen. Wer ist also die Hochfinanz? Dann entschuldigte sich der Herr Doktor, daß bei den Nazis so viele abgetakelte Offiziere seien, aber heute sei es so, daß der penionierte „General dem Getreiten nachläuft“. Oha — deshalb haben die Nazis im Reichstag gegen die Abschaffung der hohen Disziplinsonen gestimmt, weil diese sonst den Getreiten noch mehr nachlaufen müßten. O sancta simplicitas! Dann redete dieser Doktor, der Betriebszellen der Arbeiter und Angestellten errichten will, etwas von Stimmes und Geldschmidt und zwar

derart krauses Zeug, daß die Neugierigen einander anfaßen und den Kopf schüttelten. Die hohen Beiträge der Gemerkschaften werden nur bezahlt, um Reichstagswahlen für die SPD. zu finanzieren. Armes Doktorlein, du hältst die Zuhörer für Idioten, die nicht mal rechnen können, um festzustellen, daß in den letzten drei Jahren die Gemerkschaften hunderte Millionen für Arbeiterlohnunterstützungen allein ausgegeben haben, ohne die üblichen Unterhaltungen, die gleichfalls in die Millionen gehen.

Daß die Krankenkassen von dem Gelde der Mitglieder Kapitalien bauen, das haben ihm wohl die Unternehmer beigebracht, um deren Zustimmung sich gebaut wurden, nur hat er vergessen zu sagen, daß die Krankenkassen eines Hitler und der Nazis mit ihren Einrichtungen die Vermögensgebäude der Krankenkassen im Schatten stellen. Nachdem der Herr Doktor noch etwas von der Schuld der Sozialdemokraten geschwätzt hatte, daß wir überboten Reparationen zahlen und die Schuld an der heutigen Krise liegen war er mit seinen geistesarmen Ausführungen am Ende. Seine abkommandierten Naziinglänze abholierten den gleichfalls abkommandierten Vorfall. Wir gingen aber weg mit dem Gedankensatz: „So viel Worte, so viel Dummheiten“ und mit wie wenig Geld doch die Nazis gefüttert werden können. Immer Betriebszellen Platner, wir wünschen Dir und Deinem Doktorlein noch recht viel solcher „Erfolge“.

Die Generalverammlung des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Ortsgruppe Karlsruhe

welche am Sonntag im Volkshaus stattfand, wies ein voll beladener Lokal auf. Nachdem der Vorsitzende, der im abgelaufenen Geschäftsjahr verstorbenen Mitglieder gedacht hatte und das Protokoll gelesen hatte, wurden die Geschäfts- und Kassenergebnisse erfaßt und anschließend die Maßnahmen durch die Notverordnung auf dem Gebiete der Lohnsetzung einer heftigen Kritik unterworfen. Dadurch werden im Nahrungsmittelgewerbe schwere Krisen hervorgerufen, und die Zahl der Erwerbslosen ins Uferlose gesteigert. Alle Parteigruppen wurden davon betroffen, und dem Lohnabbauhafter der Arbeitgeber Vorwurf geleistet. Die Lohnsetzung von 15 Prozent im Brauergewerbe macht es nicht einmal möglich, das Glas Bier um 1 Pf. zu senken, so daß durch die Lohnsetzung ein Wechsellagerungsbedarf gar nicht verbunden ist. Wechsellagerung ist eben die Brotverfehlung. Die Rationalisierung der Betriebe ist eben so weit fortgeschritten, daß das Lohnkonto nicht das wesentliche ist, und die Konsumenten keinen Vorteil von Kürzungen haben, denn sie noch weiter eingeschränkt müssen. Dies wird schon durch die überall um sich greifende Kurzarbeit und damit verbundene Lohnkürzung hervorgerufen, und die Wirtschaft immer mehr zerfällt. Daß die fortgesetzten Biersteuererhöhungen dem Arbeiter nichts einbringen werden, haben wir vorweg betont. Jetzt haben wir vor einem Trümmerhaufen, und wenn nicht etwas durchgreifendes geschieht, so wird der Zusammenbruch zahlreicher Betriebe die Folge sein. Dieser Zustand führt auch zur vollständigen Desorientierung der Arbeiterbewegung und Tarifpolitik. Immer mehr muß man den Tarifverträgen durch Sondervereinbarungen ausweichen, und aus der Notlage Kapital zu schlagen. Deshalb muß klar und deutlich ausgesprochen werden: Bis hierher und nicht weiter. Die Arbeiterkraft muß wieder aktiv werden, und sich für Staat wehren. Auch der Kassenertrag gab ein Bild von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Organisation, die es verstanden hat, Vorzüge für Rücklagen zu treffen und den Mitgliedern in allen Fällen der Wirtschaftskrisen beizustehen. Die Disziplinierung der Verwaltung brachte einstimmige Wiederwahl des Vorstandes. Von dem Punkt Vertriebes wurde noch ausgiebig Gebrauch gemacht und die nötige Aufklärung geschaffen.

Schuldlosigkeit des Angeklagten überzeugen; auf die Tatsache hin, daß der Angeklagte bereits zweimal wegen Hehlerei vorbestraft ist, verwarf die Strafkammer die Verurteilung des Angeklagten und beauftragte ihn noch mit den Kosten des Verfahrens. In der Urteilsbegründung wurde insbesondere festgestellt, daß gerade durch die Hehlerei es erst möglich ist, daß die Diebe in Forchheim ihre Schindeln immer wieder an den Mann bringen. Deshalb ist es Pflicht des Gerichtes, gerade gegen die Hehlerei mit besonderer Schärfe vorzugehen. Die Einwände des Angeklagten erwiesen sich als nicht sehr stichhaltig, zumal sie im Laufe der Verhandlung andauernd wechselten.

Soziale Rundschau

Der Stuttgarter Nazibetrieb
Der Stuttgarter N.S. Kurier kann ansehend ein Abonnement beim Stuttgarter Arbeitsgericht nehmen. Diesmal hat sich die Druckerei des Blattes gegen die Klage eines erst als „Berbeleiter“, dann als „Betriebsleiter“ und „Sachberater“ berufenen Mannes zu verteidigen, der obwohl er dem Betrieb selbst durch eine Einlage von 6000 M. „auf die Beine geholfen“ hatte, wegen einer angeblich einmündigen Handlung striflos entlassen worden war. Dem Vertreter der Druckerei, der diese Entlassung zu rechtfertigen suchte, gab der Vorsitzende des Gerichts zu verstehen, daß es „offenkundiger Unfug“ sei, was er habe behauptet. Die Verhandlung endete auch mit der Verurteilung der Beklagten zur Zahlung von 1827 M. an den Kläger.

Versicherungsneuzugang bei der Volksfürsorge im Vorjahre
Die Volksfürsorge gibt schon den Neuzugang von Versicherungen im Vorjahre bekannt. Danach sind insgesamt 271 892 Volksversicherungen (Südschweizerische Versicherungsgesellschaft) mit 108 964 250 M. Versicherungssumme und 600 452 M. Monatsprämie neu abgeschlossen worden. In der Groß-Lebensversicherung, die Versicherungen bis zu 10 000 M. gestattet, belief sich der Neuzugang auf 3944 Versicherungen mit 8 780 370 M. Versicherungssumme. Dieses gegenüber 1930 um circa ein Drittel gekunkene Resultat ist immerhin noch als sehr erfreulich zu bezeichnen. Es seien sich in diesem Ergebnis aber auch die Auswirkungen der großen Arbeitslosigkeit und der gekunkenen Kaufkraft der Bevölkerung. — Sobald die endgültigen Zahlen über das Geschäftsergebnis der Volksfürsorge vorliegen, werden wir ausführlich darüber berichten.

Versicherungsleistungen der Volksfürsorge im Vorjahre
Die Leistungen der Volksfürsorge für Versicherungsfälle erreichten im Jahre 1931 insgesamt über 3,8 Millionen Reichsmark. — Die Summe verteilt sich auf 10 213 Sterbefälle.

Gemeindepolitik

Preislenkung durch Vereinfachungsmaßnahmen
Es wird uns geschrieben: Den Hauptanteil der Lebenshaltungskosten machen die Haushaltsaufwendungen aus. Diese werden durch die Wasser-, Gas- und Stromerzeugung aus erheblich beeinflusst und deshalb liegt und hört man, daß allernächste Senkungen der einschlägigen Tarife vorgenommen werden. Auf dem Gebiete der Stromerzeugung, die hier mit in Betracht kommt, ist für die weitaus größte Zahl der nicht großstädtischen Bewohner Badens das Badenwert maßgebender Lieferant, dessen Strompreise schon häufig

wegen ihrer Höhe beanstandet worden sind. Nun hat das Badenwert zwar in der letzten Zeit verhältnismäßig in den Zeitungen veröffentlichten Preisen keinen Anstieg, und die Preise den verhältnismäßig und ausfalligen gekürzt worden seien, sowie das Badenwert Reichskommissar für Preisüberwachung keine weitergehende Preisberaubung des Stromes verlangen würde, als bei Berücksichtigung aller verminderten Unkosten möglich ist, was beim Badenwert ungetreffe. Das Badenwert ist eine in das Gewand der Wirtschaftlichkeit gekleidete reine Staatsverrichtung und es ist deshalb sehr verständlich, daß es den beherrschenden Maßnahmen entspricht, die von der Reichsregierung gewünschte Preisberaubung in vollem Umfange eintreten läßt. Es besteht kein Zweifel, daß das Badenwert den Vorrichtungen entgegen hat. Die Frage ist nur, ob durch eine Tarifpolitik eine so weitgehende Verringerung der Strompreise eintreten würde, daß die Strompreise noch mehr als schon gekürzt sind, gekürzt werden könnten. Wer sich auch nur ein wenig mit dem Badenwert beschäftigt, dem fällt auf, daß es außerordentlich kompliziert ist. Es drängt sich deshalb einem Gedanken auf, daß hier eine wesentliche Vereinfachung und Vereinigung erzielt werden könnte, wenn der unfaßliche und in der Handhabung für alle Beteiligten außerordentlich komplizierte Tarif festgelegt werden würde. Gewiß bedarf es dazu einer Entschärfung der maßgebenden Stellen, jedoch fehlt es daran sicherlich auch und Vorüber vorhanden, wie der Staatstanz vereinfacht werden kann. Man braucht nur an die Haushaltsverhältnisse zu denken, die anderwärts eingeführt sind. Ihr Hauptmerkmal ist größte Einfachheit, denn es wird, ausgehend davon, daß immer nur der absolute Preis der Stromerzeugung ist, nur ein Preis verlangt und dieser ist fest, daß dabei das Werk beiseite kann, aber auch der Abnehmerpreis mit Strom verlornt wird. Die von den Elektrifizierungsgesellschaften häufig zur Begründung ihrer Strompreise behauptete Bemerkung, daß die Größe der Anlage des einzelnen Abnehmers für die Preisbildung entscheidend ist, weil die Strommenge, die zu tragen ist, von Zeit zu Zeit abnimmt abgenommen werden kann, berechtigt nicht werden müßte, hat eine gewisse Berechtigung; es kann ihr jedoch unwirksam dadurch entgegen werden, daß der Haushaltsverhältnisse, einer Grund- und einer Verbrauchsgeschäft ausgeführt wird, daß in der Grundgebühr der Verbrauchswert der Anlage berücksichtigt werden kann, die Verbrauchsgeschäft jedoch nur von dem tatsächlich verbrauchten Strom in mäßiger Höhe erhoben wird. Eine solche Regelung bedeutet eine Einsparnis an Anlagekosten, eine Verringerung der ohnehin als viel zu hoch empfundenen Abnehmerpreise des Badenwerks und eine schließlich ganz wesentliche Vereinfachung der Ablesungs-, Berechnungs- und Verwaltungsarbeiten, so wie der Konsumenten und dem Werk nur Vorteile aus einer solchen Regelung erwachsen können. Wenn wirklich Einsparnisse ohne den einträglichsten irgend welcher Interessen erzielt werden sollen, dann darf auch vor der Umstellung einer bisher als unantastbar angesehenen Tarifpolitik nicht zurückgeschreckt werden und es wäre an der Zeit, daß hierin das Badenwert führend vorangeht.

Die Weiße Woche bei Burghard

dauert nun schon 4 Tage und der Erfolg hat sich häßlich gesteigert. Es muß sich herumgedröhren haben, daß die diesjährigen Weiße Woche-Angebote beinahe ungläublich sind, ob das jetzt noch weiße, Bettwäsche oder Stoff heißt, oder was es sonst noch gibt, die Preise sind wirklich nach unten kaskadiert. Mit dem Wonnemitt ist gerechnet worden und das kommt Ihnen nunmehr über hinaus haben Sie noch den großen Vorteil, daß Sie die diesjährigen Weiße Woche-Angebote, das Sie nur anzusehen brauchen und die Zahlung im März leisten können, d. h. mit anderen Worten, Sie die Ausgaben auf zwei Mal verteilen können und trotzdem den vollen Genuß der billigen Preise genießen. Rufen Sie die Weiße Woche bei Burghard.

